

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 4,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Das Kästchen in der Mauernische

Ein Straßenreiniger findet ein „Testament“

Einen seltsamen Fund machte heute früh gegen 7 Uhr der 46 Jahre alte städtische Straßenreiniger Max Engel, der dem Abschnitt am Schloß zugeteilt ist.

Engel legte an der Wasserseite am Grünen Turm zwischen dem Schloß und der Kurfürstenbrücke. Dabei fand er in einer Mauernische ein kleines Kästchen, auf dem ein Brief lag. Engel nahm beides auf und betrachtete es genau. Der Briefbogen trägt das geprägte Monogramm A. S. und darüber eine Freiherrnkrone. Er enthielt folgenden Text: „Ich bitte den Finder, dieses im Polizeipräsidium abzugeben, und habe ich für den Finder dafür eine Belohnung von 1000 Mark in meinem Testament freiwillig bestimmt.“ Eine Unterschrift trug dieser Brief nicht. Engel begab sich mit seinem Fund sofort zu Kriminalrat Hennat ins Polizeipräsidium und lieferte dort Kasten und Brief ab. Das Kästchen hat anscheinend früher einmal zur Aufbewahrung von Schmutz gedient. Es besteht aus Rosenholz und ist mit Antarktis geschmückt. Der Begleitbrief trägt das Datum vom 4. März, also vom gestrigen Tage. An die Fundstelle wurden sofort Kriminalbeamte entsandt, die aber keine Spur finden konnten, wo etwa die Person, die das Kästchen niederlegte, ins Wasser gegangen sein konnte. Auch weitere Funde, etwa Kleidungsstücke, wurden nicht gemacht. Das Kästchen wurde geöffnet und man fand darin ein kleines Tisch Tuch und kleine Servietten, wie sie etwa zu einem Frühstück oder Teegedeck gehören. Außerdem enthält der Kasten ein Bild von Mussolini und einige andere Briefe. Die Anhaltspunkte, aus denen man Adressen gewinnen könnte, sind sehr gering. Die Namen sind zum Teil undeutlich geschrieben, so daß sie vorläufig nicht entziffert werden konnten. Aus der Schrift und dem Inhalt der Briefe geht aber hervor, daß die frühere Besitzerin des Kästchens eine Frau aus obigen Kreisen gewesen sein muß. Ihr Vermögen von 12 000 Dollar soll bei ihrem Notar in Dresden deponiert sein, und die Erblasserin bittet die Kriminalpolizei, einige junge Mädchen ausfindig zu machen, an die das Geld verteilt werden soll. Aus verschiedenen Anzeichen schließt man, daß die Erblasserin etwa 18 Jahre alt war und mit ihren Angehörigen einen Streit hatte, weil sie in eine Heirat nicht einwilligen wollten. Die Auswahl der jungen Mädchen soll nach ähnlichen Gesichtspunkten erfolgen. Nach allem muß man vermuten, daß das junge Mädchen, die den Kasten und den Brief hinterließ, von der Brücke in die Spree gesprungen ist. Die Kriminalpolizei, die Inspektion A, ist bemüht, das Geheimnis der unbekannteten A. S. und ihres Testaments zu lösen.

Feuer in der Judenstraße.

Dachgeschoß und Dachstuhl ausgebrannt. — Feuerwehrmann schwer verletzt.

Die Feuerwehr wurde heute früh gegen 6 Uhr nach der Judenstraße 55 alarmiert, wo in einer Schneidewerkstätte, die ihre Räume im Dachgeschoß hat, aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen war.

Das Feuer muß stundentlang unbemerkt geschwelt haben, denn als die Gefahr bemerkt wurde, stand die ganze Werkstätte und ein großer Teil des Dachstuhls bereits in Flammen. Da für die Nachbargebäude und für die unter dem Brandherd gelegenen Stockwerke Schlimmstes befürchtet wurde, trat die Feuerwehr unter Leitung des Baurats Meuser gleich mit vier Löschzügen in Aktion. Ueber drei mechanische Leitern und über das Treppenhaus drangen die Löschtrupps gegen den Brandherd vor. Der Feuerwehrmann Klauke von der Zugwache 32 wurde gleich beim ersten Löschangriff durch Stichflammen am Kopf und an den Händen so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte.

Straßenbahnunglück in der City.

An der Ecke Charlotten- und Mohrenstraße fuhr heute früh ein Straßenbahnwagen der Linie 96 in den Anhänger eines vollbeladenen Kohlenlastzuges hinein.

Durch die Wucht des Zusammenstoßes kippte der Lastanhänger um und der Straßenbahnwagen sprang aus den Schienen; der Vorderpertron wurde völlig zertrümmert. Der Führer des Straßenbahnwagens, der 45jährige Wilhelm Hause aus Tempelhof, erlitt schwere Kopfverletzungen. Er fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme. Der Mitfahrer des umgestürzten Lastzuges kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon. Durch den Vorfall entstand eine fast halbtägige Verkehrsstörung, da es längere Zeit dauerte, den am meisten Straßenbahnwagen wieder in die Schienen zu bringen.

Angeklagte winseln um Strafe

Der Lügenfilm von Moskau

Moskau, 5. März.

Die Angeklagten Scher, Ginsberg, Salkind und Gromann machten Aussagen über die im Juli 1928 erfolgte Moskauer Reise des Mitglieds der Auslandsdelegation der Menschewiken, Abramowitsch, und ihre Begegnungen mit ihm. Abramowitsch habe erklärt, er sei auf Befehl der Auslandsdelegation gekommen, um an Ort und Stelle die Durchführung einer neuen Menschewikentaktik zu besprechen, die das Ziel haben sollte, die Interventions-

Folgenschwere Kesselexplosion.

Maschinist im Bahnbetriebswerk getötet. — Heizer verletzt.

Im Heizwert des Bahnbetriebswerkes Grunewald der Reichsbahn ereignete sich heute früh ein schweres Unglück, das ein Menschenleben forderte.

Gegen 8.30 Uhr waren im Kesselhaus der Maschinist Arthur Hader aus der Auguststraße 3 in Lichtenberg und der Heizer Willi Heise aus der Leonhardtstraße 5 in Charlottenburg als Bedienungspersonal der Feuerungs- und Kesselanlagen anwesend. Plötzlich wurde unter großem Krach die schwere eiserne Tür des Kessels abgerissen. Mehrere Stichflammen schlugen heraus und große Dampfmassen schossen ins Freie. Im Augenblick war die ganze Halle in einen undurchdringlichen Dampf gehüllt. Aus dem Kesselhaus ertönten gellende Hilferufe. Als sich Bahnangestellte Zutritt in den Unglücksraum verschafften, fanden sie den Maschinisten Hader mit furchtbaren Verbrennungen am ganzen Körper tot auf. Der Heizer Heise hatte ebenfalls schwere Verletzungen erlitten; er wurde in das nächste Krankenhaus gebracht.

Ueber die Ursache des entsetzlichen Unglücks ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden. Danach scheint es, daß ein Wasserrohr im Kesselraum geplatzt ist und die Wassermengen, die sich in den Feuerungsraum ergossen, das Unglück herbeigeführt haben.

Schupo als Stubenmädchel

In Braunschweig mußte nach dem Hitlerlag die Schupo auf Befehl Franzens das Stroh aus den Nazi-Quartieren ausräumen.



„Wir Nazi machen uns unsern Dreck nicht alleine!“

Vorbereitungen durch Erweiterung der Schädlingearbeit zu beschleunigen. Der Angeklagte Salkind sagte aus, Abramowitsch habe die Notwendigkeit einer Intervention bewiesen und die engste Verbindung mit der konterrevolutionären Gruppe Kondratjew-Tschajonoff empfohlen. Nachdem er sich von der Hoffnungslosigkeit der menschewikischen Arbeit unter den Arbeitermassen überzeugt habe, habe Abramowitsch die Direktive erteilt, das Schwergewicht der menschewikischen Tätigkeit unter die Staatsangehörigen zu verlegen, um den Einfluß der letzteren im Apparat der Schädlingearbeiten auszunutzen. Abramowitsch habe Salkind und den anderen Unionsmitgliedern erklärt, daß die Unumgänglichkeit einer Intervention von den Führern der zweiten Internationale, besonders von den Führern der deutschen Sozialdemokratie anerkannt werde, die das Wachstum der kommunistischen Bewegung und die damit verbundenen Schwierigkeiten der zweiten Internationale beunruhige. Abramowitsch habe darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie angesichts ihrer offiziellen Stellung in verschiedenen Staaten für eine Intervention nicht offen auftreten könne und gezwungen sei, den Stimmungen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen. Die von Abramowitsch mündlich erteilten Direktiven seien in einem Schreiben an Gromann im November 1928 von der Auslandsdelegation offiziell bestätigt worden.

Der Gerichtshof gab dann dem Antrage des Staatsanwalts auf Verlesung des Berliner Telegramms Abramowitschs statt. In diesem Telegramm erklärt Abramowitsch unter Berufung auf seine eidlischen Aussagen vor einem deutschen Gericht, daß er nach dem Jahre 1920 seine Reise in die Sowjetunion unternommen habe. Das Tele-

gramm, das in gleichem Wortlaut auch dem Vorsitzenden des Gerichts und der Verteidigung zugegangen ist, wurde den Gerichtsakten beigefügt. Die Angeklagten Gromann und Scher

hatten an ihrer Darstellung, sie seien mit Abramowitsch in Moskau zusammengetroffen, fest

und weisen darauf hin, daß es sozialdemokratischen Traditionen nicht entspreche, vor einem bürgerlichen Gericht Aussagen unter Eid abzugeben. Der Angeklagte Tschajonoff fordert, Abramowitsch solle an Stelle seines Eides konkret Beweise für sein Alibi beibringen, und der Angeklagte Ginsburg verlangt, daß Abramowitsch nach Moskau komme und seine Aussagen vor dem Moskauer Gericht mache.

Der Angeklagte Teitelbaum, der von 1922 bis 1929 verantwortliche Posten in den Sowjethandelsvertretungen in Wien, Berlin, Stockholm und Prag bekleidete, sagte aus, daß seine ersten drei Zusammenkünfte mit der Auslandsdelegation Ende 1925 stattfanden, die seine Rückkehr in die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Folge hatten.

Die Behauptungen über Friedland.

Wir erhalten von den im Moskauer Prozeß genannten Zuri Friedland folgende Erklärung zu den „Geständnissen“ der Angeklagten:

Den Menschewiki-Prozeß in Moskau betreffend, wurde in der Zeitung „Pravda“ vom 27. Februar d. J. Nr. 57 berichtet, daß Professor A. I. Finn-Jenotajewsky und W. Gromann ausgaben, ich sei der Verbindungsmann zwischen ihnen und dem Zentralkomitee der russischen Menschewiki in Deutschland gewesen. Als solcher hätte ich Geld, Pakete und Direktiven an sie weitergegeben, desgleichen Direktiven von ihnen zur Weitergabe an das Komitee in Deutschland angenommen.

Hierzu kann ich nur folgendes erklären:

1. Niemals, auch nicht in den Jahren 1928 bis 1930, noch zu anderen Zeiten, bin ich ein Beauftragter oder Verbindungsmann zwischen der ausländischen Delegation der Menschewiki und den Angeklagten gewesen. Ich habe mit niemandem irgendwelche Fühlung gehabt.

2. Niemals, auch nicht in den Jahren 1928 bis 1930, noch zu anderen Zeiten, habe ich Geld, Post oder irgendwelche Direktiven vom Zentralkomitee der Menschewiki für die vorstehenden Mitglieder, oder umgekehrt, erhalten oder weitergegeben.

3. Richtig ist nur, daß ich seit mehr als 25 Jahren mit Professor Finn-Jenotajewsky bekannt bin. Ich habe ihn mehrmals in Seningrad gesehen; auch hat er mich, wenn er in

Moskau war, besucht. Das letzte Mal, so erinnere ich mich, habe ich ihn im November 1929 gesprochen. Wenn Herr Finn-Denotajewsky sagt, er habe mich das letzte Mal im Februar 1930 gesehen, so stimmt das nicht, da ich bereits am 15. Dezember 1929 von Russland nach Deutschland vertrieben bin und noch nicht wieder in Russland war.

4. Was Herrn Gramann betrifft, so habe ich ihn das letzte Mal im Jahre 1925 gesehen; seitdem habe ich ihn nie wieder getroffen, noch habe ich mit ihm telephoniert.

5. Ausdrücklich erkläre ich, daß bei diesen Zusammenreffen, sowohl mit Herrn Finn-Denotajewsky als auch mit Herrn Gramann, niemals auch nur ein Wort über das Zentralkomitee der Menschewiki noch über damit zusammenhängende politische Fragen gesprochen wurde.

Diese Erklärung bin ich bereit, auch eidestattlich abzugeben.

Blüten vom Hitlerbaum.

Diätenschluden und Schimpfen.

München, 5. März.

In der Vollziehung des bayerischen Landtages ereignete sich heute vormittag ein Zwischenfall. Der nationalsozialistische Abgeordnete Streicher (Rürnberg) erklärte u. a., daß ein Staat, der Verbrecher wie Barmat schütze, ein Staat, der mit Verbrechern und Zuchtgefangenen geschaffen worden sei, keine Autorität besitze. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Landtagspräsident dem Redner wiederholt Ordnungsrufe erteilte und ihm schließlich das Wort entzog. Streicher gebrauchte beim Verlassen des Rednerpultes Schimpfwörter, wie „Volksehrwürdiger“ usw. Der Landtagspräsident bezeichnete das Benehmen des Abgeordneten als gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses und wies ihn aus dem Saal. Der Abgeordnete Streicher verließ den Saal mit den Worten: „Ich bin ja froh, wenn ich draußen bin aus diesem Haus der Volksbetrüger, wenn ich Euch nicht sehe, Euch schwarze Gesichter.“ Der Präsident bemerkte dazu, er habe es unter seiner Würde, auf diese Neuerung noch etwas zu erwidern.

Froh, wenn sie draußen sind...

Die Reichsabgeordneten, die „froh sind, wenn sie draußen sind“, und deshalb die Reichstagsarbeit schwänzen, haben auch am 1. März gefühlig ihre Diäten zugewandt erhalten. Klarer von ihnen hat die Annahme verweigert und keine Art Aufweisung gegeben, die mindestens 300 M. (nach Abzug der Gelder für die verfallenen Sitzungen) für die Arbeitslosen zu verwenden, wie sie es vorher angekündigt hatten. Sie sind froh, draußen zu sein und leben auf Kosten des Reiches, das heißt der Wähler, jedoch nicht ihrer eigenen!

Verleumder verurteilt.

Liegnitz, 5. März. (Eigenbericht.)

Die schamlose Verlogenheit der Nazirechner bewies wieder einmal ein Strafprozeß vor dem Erweiterten Liegnitzer Schöffengericht gegen den Nazi-Wanderrichter Wilhelm Sappke aus Landeshut i. Schles., der des Vergehens gegen das Republikshutzgesetz und der öffentlichen Beleidigung angeklagt war. Er hatte in einer Naziverammlung u. a. gesagt, daß mit Zustimmung Stresemanns ein bewußt gefälschter Auszug über den Dames-Plan durch die Zentrale für Heimatdienst über ganz Deutschland verbreitet worden sei. Ferner hatte er über den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, Genossen Lüdemann, zu Pressevertretern und Kriminalbeamten geäußert: „Wären Sie das alles brüderlich ihrem Herrn Oberpräsidenten, diesem „Vollidioten!“ Als Quelle für die erste Behauptung zitierte er das berühmte Buch des Nazi-Feder über den Dames-Plan. Die Neuerung über Lüdemann gab er zu, will jedoch nicht Vollidiot, sondern Volkblutjude gesagt haben. Er behauptete auch dreist nach wie vor, Lüdemann müsse Jude sein. Der Oberstaatsanwalt beantragte wegen Vergehens gegen das Republikshutzgesetz (Beschimpfung des verstorbenen Außenministers) drei Monate und wegen der öffentlichen Beleidigung zwei Monate Gefängnis, insgesamt vier Monate Gefängnis. Das Urteil lautete wegen öffentlicher Beleidigung auf — 200 Mark Geldstrafe! Das Verfahren wegen Vergehens gegen das Republikshutzgesetz wurde zur weiteren Beweiserhebung abgelehnt.

Unterhaus für Wahlrechtsreform.

Zeitweise Stimmenthaltung bei Labour.

London, 5. März.

Das Unterhaus hat die Bestimmung des Wahlrechtsgesetzes, durch die das Alternativstimmrecht eingeführt wird, mit 277 gegen 251 Stimmen angenommen.

Zwölf Mitglieder der Arbeiterpartei brachten ihren Unwillen über die Haltung der Liberalen in der Frage des Streikrechts dadurch zum Ausdruck, daß sie mit den Konservativen stimmten, und aus der Zahl der abgegebenen Stimmen geht hervor, daß sich ungefähr 20 Arbeitermitglieder der Stimme enthalten haben.

Lady Cynthia Mosley, die Gattin von Sir Oswald Mosley, ist aus der parlamentarischen Arbeiterpartei ausgetreten. In einem Briefe an den Premierminister begründet sie ihren Schritt damit, daß die gegenwärtige Arbeiterregierung sich nur wenig von den früheren konservativen und liberalen Regierungen unterscheiden. Nach ihrer Ansicht gebe es für die wirtschaftlichen Probleme Englands einzig die sozialistische Lösung.

Der Völkerbund muß sparen.

Begen der Finanzschwierigkeiten der Mitgliedsstaaten.

Genf, 4. März.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an sämtliche Stellen des Völkerbundsekretariats ein Rundschreiben gerichtet, in dem wegen der außerordentlich ernsten Finanzlage zahlreicher Mitgliedsstaaten schärfste Sparmaßnahmen für das gesamte Völkerbundsekretariat gefordert werden. In dem Rundschreiben wird hervorgehoben, daß zahlreiche Mitgliedsstaaten zu drastischer Herabsetzung der Beamtenegehälter gezwungen sind und daß deshalb das Völkerbundsekretariat in dem nächsten Haushalt keinerlei Erhöhung der Personalausgaben oder Erweiterung des gegenwärtigen Beamtensabes vornehmen könne. Der Generalsekretär fordert ferner weitgehende Einschränkung der Dienststellen, die nur noch mit keiner Zustimmung erfolgen dürfen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß wegen der schweren finanziellen Belastung durch die kommende Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre alle Konferenzen und Kommissionen, die nicht statutengemäß vorgesehen sind, nach Möglichkeit verschoben werden sollen.

Stlaref-Klatfch

Bürgermeister Scholz und die Tischgäste auf dem Presseball

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte mußte sich heute Leo Stlaref verantworten. Die Anklage lautete auf üble Nachrede gegen den Bürgermeister Scholz. Leo Stlaref hat in dem Privatbeleidigungsprozeß Brolat gegen kommunistische Redakteure am 2. Juli v. J. u. a. erklärt, der Bürgermeister Scholz habe auf dem Presseball 1929 an seinem Tisch Sekt aus Käßeln getrunken und Kaviar mit Löffeln gegessen. Er wundere sich, daß er unter solchen Umständen hinterher in dieser Weise gegen ihn und seine Brüder vorgegangen sei. Bürgermeister Scholz hatte in jenem Prozeß unter seinem Eide ausgesagt, daß er sich am Tisch der Brüder Stlaref nur kurze Zeit aufgehalten und nur ein Glas Rotwein getrunken habe.

Der Verteidiger des Angeklagten beantragte die Verhandlung zu vertagen und die Sache gemeinschaftlich mit einer ähnlich lautenden Anklage gegen drei Redakteure zu verhandeln. Es geht nicht an, daß Stlaref heute als Angeklagter und in wenigen Tagen in einer ähnlichen Sache als Zeuge vernommen werde. Der Verteidiger stellte weiter eine Reihe von Beweisanträgen, die darauf Bezug nehmen, daß der Angeklagte Stlaref noch heute der Ansicht sei, der Bürgermeister Scholz habe nicht aus Gründen der öffentlichen Keiligkeit, sondern aus persönlichen Motiven Strafanzeige gegen ihn und seine Brüder erstattet. Der Vorsitzende erklärte, daß das Gericht der Ansicht sei, es müsse gegen den Angeklagten Stlaref gesondert verhandelt werden.

Als erster Zeuge wird Amtsgerichtsrat Dr. Bues vernommen, der in dem Privatbeleidigungsprozeß Brolat gegen die Redakteure am 2. Juli v. J. das Urteil gefällt hat. Seiner Erinnerung nach hat sich der Vorfall so abgespielt, daß der jetzige Angeklagte Stlaref, der erst kurz vorher aus der Haft entlassen war, während seiner Zeugenaussage allmählich sehr aufgeregter wurde, dann in seiner Rede sich einfach überstürzte und erklärte, früher hätten sich alle an ihn und seine Brüder herangebracht, darunter auch der Bürgermeister Scholz, der an allem die Schuld trage, da er einfach zugegriffen habe, anstatt die ganze Angelegenheit in Ruhe abwickeln zu lassen, damit niemand geschädigt werde. In diesem Zusammenhang seien dann die Worte gefallen. Es folgte die Vernehmung des Bürgermeisters Scholz. Er erklärte: Ich kenne Herrn Leo Stlaref überhaupt nicht. Nur Max Stlaref ist mir im Hause des Stadtrats Rosenthal vorgestellt worden. Auf dem Presseball 1929 erschien ich ziemlich spät. Während eines Rundganges durch den Saal wurden meine Frau und ich vom Stadtrat Rosenthal aufgefordert, an seinem Tisch Platz zu nehmen. Es war eine größere Gesellschaft, unter der ich auch Max Stlaref bemerkte. Ich saß neben Frau Rosenthal, die mir ein Glas Rotwein einschenkte. Daß Kaviar gegessen wurde, habe ich überhaupt nicht gesehen. Stadtrat Rosenthal bestellte für mich einen gebadenen Fisch, den ich am Nebentisch

verspeiste. Im ganzen habe ich mich vielleicht zwanzig Minuten an dem Tisch aufgehalten. Der Angeklagte Stlaref übt nun sein Fragerecht aus, und wird dabei äußerst ausfallend. Er wirft Bürgermeister Scholz vor, daß er hunderte Arbeiter arbeitslos gemacht habe und schreit schließlich in größter Aufregung: Wenn ich seine Kinder hätte, so würde ich sie umbringen. Der Vorsitzende ruft den Angeklagten zur Ordnung und sagt: Wenn Sie gestört sind, dann können wir ja gleich aufhören.

Auch die Aussage des Stadtrats Rosenthal ergibt nichts Wesentliches. Bürgermeister Scholz hat nur ein Glas Rotwein getrunken. Es stimmt, daß Max Stlaref die ganze Zeche bezahlt habe. Aber auch er, der Zeuge, habe des öfteren größere Fische bezahlt, an denen Max Stlaref teilgenommen habe.

Der Vorsitzende macht schließlich von sich aus dem Angeklagten noch einmal den Vorwurf, durch eine anständige Erklärung die Sache aus der Welt zu schaffen. Der Angeklagte Stlaref erklärt, daß er gar nicht die Absicht gehabt habe, Bürgermeister Scholz zu beleidigen. Bürgermeister Scholz sagt seinerseits, daß auch er der Ansicht sei, man habe sich in der jetzigen Zeit mit anderen Dingen zu beschäftigen, als mit derartigen Beleidigungssagen. Er habe den Strafantrag gestellt, weil er im Anschluß an die Neuerung des Angeklagten in einer unangenehmen Weise durch die Presse geschleift worden sei. Er wäre aber der Behörde, der sich weigern würde, eine befriedigende Erklärung des Angeklagten entgegenzunehmen. Das könne er nur für eine Person erklären. Er glaube aber, daß auch der Oberpräsident von sich aus Strafantrag gestellt habe.

Das Gericht läßt eine Pause eintreten, damit Stlaref sich über eine Erklärung schlüssig werde.

Stlaref erklärt:

Nach der Pause gab der Angeklagte Stlaref folgende Erklärung ab: Ich habe in der Verhandlung am 2. Juli v. J. als Zeuge in bezug auf den Bürgermeister Scholz Neuerungen gemacht, aus denen der Bürgermeister Scholz und die Öffentlichkeit entnommen haben, daß ich in bezug auf ihn und andere Teilnehmer des Presseballs 1929 behaupten wollte, es wäre Sekt aus Käßeln getrunken und Kaviar mit Löffeln gegessen worden. Ich erkläre, daß ich auf Grund der heutigen Beweisaufnahme die Ueberzeugung von der Unrichtigkeit meiner vorgenannten Neuerungen in bezug auf Bürgermeister Scholz gewonnen habe, ich bedauere diese in meiner Erregung gemachten Neuerungen. Bürgermeister Scholz gab sich mit dieser Erklärung des Angeklagten zufrieden; der Staatsanwalt zog darauf seine Anklage zurück.

„Massetämpfe“

Was eine kommunistische Organisation leistet

Wie erinnerlich, hat die KPD. den Streik der Metallarbeiter im Herbst des Vorjahres zum Anlaß genommen, um die kommunistischen Spalterorganisationen der Rohrtreter und der Dreher entsprechend dem Befehl von Moskau zu einem „Einheitsverband“ zusammenzufassen. Wenn man der kommunistischen Presse glauben dürfte, dann strömten die Metallarbeiter zu Hunderten diesem angeblich revolutionären Verband zu. In der Folge meldete denn auch die kommunistische Presse

fast täglich große Siege.

die von diesem die Arbeiterzerstückelung als Grundfah aufstellenden „Einheitsverband“ errungen worden seien. Am meisten überrocht über die „Massetämpfe“, die dieser sagenhafte Verband geführt hat, waren zweifellos die Metallarbeiter selbst, die davon nichts gemerkt haben. Sowohl nämlich Streiks überhaupt geführt wurden, handelt es sich um Kleinbetriebe. Für den Deutschen Metallarbeiterverband sind solche Lohnkonflikte sozusagen das tägliche Brot. Sie werden geregelt, ohne daß darüber ein großes Geschrei gemacht wird. Da die kommunistische Presse und die KPD. aber sich bemühen, diese kleinen Lohnkonflikte zu „Massetämpfen“ aufzubauschen, wollen wir einmal summarisch feststellen, wie es mit diesen Kämpfen in Wirklichkeit bestellt ist. Im Vorjahr führte also die KPD. bei der Firma Hartmann einen Streik, der sieben Wochen dauerte. Der große Sieg bestand darin, daß

die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen wurde.

Ein anderer Streik betrifft die Firma Hartung in Lichtenberg, der nach sechs Wochen mit dem gleichen Resultat wie der Streik bei der Firma Hartmann endete. Dann kam der „Massetreik“ bei der Firma Pleps. Dort setzten vier Metallschleifer die Arbeit ein. Das Ergebnis dieses „Massetreiks“: zwei wurden gemohregelt, zwei wurden wieder eingestellt.

Eine besondere Erwähnung verdient der Streik bei der Friedrichshajener Fahrradfabrik. Infolge eines Lohnabzuges von 6 Pf. legten elf Arbeiter die Arbeit nieder. Da unter diesen sich einige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes befanden, wandten diese sich an ihre Organisation, die dann auch mit der Firma verhandelte. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurde erreicht, daß der Lohnabzug statt 6 nur 3 Pfennig betragen sollte und daß die Firma sich bereit erklärte,

einen Tarifvertrag mit dem Deutschen Metallarbeiterverband

abzuschließen. Als der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Streikenden über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstattete, erschien der Vertreter des „Einheitsverbandes“, Braun, und widersetzte sich der Zustimmung zu diesem „Vertrag“.

Am anderen Morgen ging aber Braun zu der Firma, die es jedoch ablehnte, mit ihm zu verhandeln. Darauf erbat sich Braun die Erlaubnis, den Betrieb zu beschäftigen, ging dann zu den Streikenden zurück und ver kündete, daß er eine Reduzierung des Lohnabzuges von — 6 auf 3 Pfennig erreicht habe und empfahl, unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. In den darauffolgenden Tarifverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband erreichte dieser, daß der

Lohnabzug nur noch 2 Pfennig betrug.

Schließlich sei noch erwähnt der Streik bei der Firma Neuberger u. Behrens wegen Lohnifferenzen. Nachdem der „Einheitsverband“

den Streik wieder einmal gründlich versahren hatte, wandten sich die bei der bestrittenen Firma beschäftigten Mitglieder des DMB. an diesen. Der Ortsverwaltung des DMB. gelang es auch, mit der Firma einen Tarifvertrag abzuschließen, wonach die bisherigen Löhne ohne jeden Abzug tariflich festgelegt wurden.

Das sind die großen „Siege“ des sogenannten Einheitsverbandes. Das Ergebnis ist 0,00. Nur da, wo der Deutsche Metallarbeiterverband Mitglieder hatte und eingreifen konnte, ist eine Niederlage vermieden worden. Die großen „Siege“ sind so wie der „Einheitsverband“ selbst: eine Pleite.

Scheintot begraben.

Zwei Tage noch lebend im Grabe.

Paris, 5. März.

In einer kleinen Ortschaft in der Gegend von Malaga hat sich ein furchtbares Ereignis abgespielt. Dort war ein Schäfer namens Frasquito begraben worden, nachdem der Arzt ihn für tot erklärt hatte. Zwei Tage nach dem Begräbnis hörten die Einwohner zu ihrem Schrecken, wie aus dem Sarge Klappzeichen und Stöhnen laut wurden. Man öffnete das Grab und bemerkte die völlig verkrampfte Leiche des Schäfers. Der Arzt stellte fest, daß der Todeskampf des Unglücklichen erst eine Stunde vor der Ausgrabung beendet gewesen sein konnte. Die Nachbarn erzählten alsdann auch, daß Frasquito, dessen Gliedmaßen infolge seiner Anstrengungen, aus dem Sarge herauszukommen, blutig gerissen waren, an epileptischen Anfällen litt; es ist also klar erwiesen, daß der Arzt, als er das erste Mal den Tod des Schäfers feststellte, sich geirrt hat.

Neue Selbstanschlußämter.

Karlshorst, Hohenschönhausen, Humboldt und Sädning.

In der Nacht zum 8. März werden die Fernsprechermittlungsstellen mit Selbstanschlußbetrieb Karlshorst und Hohenschönhausen in Betrieb genommen und die Vermittlungsstellen Humboldt und Sädning unter Beibehaltung ihrer Namen vom Handbetrieb auf den Selbstanschlußbetrieb umgestellt.

Karlshorst übernimmt alle Teilnehmer der Vermittlungsstelle Ober Schönweide, die in derselben Nacht außer Betrieb gesetzt wird. Hohenschönhausen übernimmt einen Teil der Anschlüsse der Vermittlungsstellen Lichtenberg und Weihensee.

Es empfiehlt sich, vor jedem Anruf eines Teilnehmeranschlusses der Vermittlungsstellen Humboldt, Sädning, Lichtenberg und Weihensee im Fernsprechbuch nachzusehen, ob der Teilnehmer etwa eine neue Anschlußbezeichnung erhalten hat.

Arbeiterbildungsschule. 1. Kreis Mitte. Rufus Wendelsohn fällt wegen Erkrankung des Genossen Wendelsohn heute abend, Donnerstag, aus. Nächster Rufusabend am 12. März.

Neue Sowjetlander. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat den Vorschlag für den Bau von sechs neuen Funkstationen befreit, die insbesondere für den Fernen Osten errichtet werden sollen. Die Stationen sollen so leistungsfähig sein, daß sie auch in Indien und Afrika schick werden können. Die Sendungen sollen in fremden Sprachen durchgeführt werden. Die neuen Stationen sollen zum Teil noch in diesem Jahre fertiggestellt werden.

Keine Hauszinssteuer mehr!

Der Wohnungsbau noch weiter verfürzt.

Die Weiterberatung des Arbeitshaushalts im Haushaltsausschuss des Reichstags begann mit Abstimmungen über den Abschnitt „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“. — Angenommen wurden die folgenden sozialdemokratischen Anträge:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldeung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift macht;

2. die Reichsregierung zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß alle Einrichtungen für jugendliche Erwerbstätige in vollem Umfang ausreichten und ausgebaut werden;

3. die Reichsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen um die Kinderarbeit auszuschalten;

4. die Reichsregierung zu ersuchen, den katastrophalen Folgen, die bei den Gemeinden durch die Unterstützung des ständig wachsenden Heeres der Wohlfahtslosen eingetreten sind, größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist dem Reichstag alsbald ein Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahtslose in einem Gesetz über Arbeitslosenfürsorge vorseht.

Mit dieser Entschlieung ist zugleich der gesamte sozialdemokratische Vorschlag über die einzelnen Bestimmungen des vorzulegenden Gesetzentwurfes angenommen worden.

Der Haushaltsausschuss begann dann die Beratung des Abschnitts Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und -sicherung.

Frau Schröder (Soz.) weist im Hinblick auf die vom Arbeitsministerium beabsichtigte Erhebung über die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande darauf hin, daß die Sterblichkeit auf dem Lande noch um einige Prozent höher liege als in der Großstadt. Sie fordert deshalb, daß durch die Erhebung nicht eine Verzerrung in der Schaffung eines Wöchnerinnenschutzes für die Landarbeiterinnen eintritt. Ferner dürste das Ministerium mit solchen Erhebungen nicht einseitig kleine Organisationen betrauen, wie es offensichtlich mit einer Untersuchung über die Wirkungen der Nationalisierung auf die Heimarbeit geschehen sei. Außerdem sei eine Untersuchung über die Kinderarbeit dringend notwendig.

Nach einer kleinen kommunikativen Rede über das Schlichtungswesen und Bemerkungen eines Wirtschaftspartellers und eines Landvolksvertreters über die Frauenarbeit bei den Kleingewerbetreibenden und beim Kleinbauern forderte der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes, Bernhard (Soz.), durchgreifenden bau-gewerlichen Arbeitsschutz. Es fehle immer noch ein Reichsbauarbeitergesetz und damit eine einheitliche Gesetzgebung. Wohl seien unter Mitwirkung der Bauarbeiter Unfallversicherungsvereine der Berufsvereinigungen vereinheitlicht und verbessert worden, aber die Arbeiterfürsorge auf Bauten sei noch unvollständig. Es beständen mindestens dreihundert verschiedene Vorschriften. Der preussische Wohlfahrtsminister habe das zugegeben und mitgeteilt, daß mit dem Reichsarbeitsministerium eine Musterordnung ausgearbeitet werde. Wo sei dieses Muster? Die Arbeiter wünschten, daß sie vor Erlaß der Vorschriften rechtzeitig gehört werden.

Frau Bohm-Schuch (Soz.) begründete eine ausführliche Entschlieung, die einen Gesetzentwurf zum Schutze und zur Erhaltung der jugendlichen Arbeitskraft verlangte. Von 145 000 betragten Jugendlichen unter 18 Jahren arbeitete jeder dritte mehr als 48 Stunden und noch 44 Proz. mehr als 60 Stunden die Woche, jeder zweite hatte keinen Sommerferienurlaub und jeder achte mußte Sonnensarbeit leisten. Von 115 000 Jugendlichen bekam jeder vierte überhaupt keine Ferien. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die große Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und ihre Gefahren hin.

Der Regierungsvorsteher teilte mit, daß der Entwurf eines Hauszinssteuergesetzes dem Reichstag demnächst vorgelegt werden würde. Die Kinderarbeit spiele zahlenmäßig als Einfluß auf den Arbeitsmarkt keine große Rolle. Der Bauarbeiterbeschutz sei in Deutschland gut und werde noch weiter ausgebaut. Das deutsche Personal des Internationalen Arbeitsamtes müsse entsprechend der Bedeutung Deutschlands verstärkt werden.

Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, der einen Gesetzentwurf zum Schutze und zur Erhaltung der jugendlichen Arbeitskraft fordert, und der Antrag auf einen Gesetzentwurf, der zur Entlastung des Arbeitsmarktes die vierzigstündige Arbeitszeit vorgeschreibt.

Weiter wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der einen Gesetzentwurf verlangt, nach dem die Besoldung der Angestellten nur in festen Monatsbezügen festgesetzt werden darf. Der Arbeitgeber soll nicht berechtigt sein, durch Verzicht auf Arbeitsstunden ein vereinbartes Monatsentgelt zu kürzen.

Im Anschluß an jene Beschlüsse begann die Beratung des Abschnittes

Wohnungs- und Siedlungsweesen.

Hg. Apinik (Soz.) verlangte von der Regierung Auskunft, wie weit bei der Lohnsenkungaktion auch eine Senkung der Mieten vorgesehen ist. Er erklärte sich zwar mit dem Bau von Wohnungen, deren Mieten im angemessenen Verhältnis zum Arbeitslohn stehen, einverstanden, lehnte aber den Bau von Kleinstwohnungen für Familien mit Kindern als unzumutbar ab. Die Rotverordnung vermindere die Mittel der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau um jährlich 200 Millionen Mark. Durch die Mehrauszahlung der Sparkassen gegenüber den Einzahlungen werden sie für die Hypothekendarlehen nicht in Betracht kommen. Die Staatsausgaben für Wohnung und Siedlung werden um etwa 200 Millionen Mark gekürzt. Die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer sind für Anleihen der Gemeinden bereits verwendet worden, so daß insgesamt der Wohnungsbau außerordentlich gefährdet wird. Dabei hat der Reichstag zweimal beschlossen, daß die Mittel für den Wohnungsbau nicht vermindert werden dürfen, im Gegenteil mehr Mittel verwendet werden.

Zu den Ausführungen der Redner verschiedener Parteien nahm Minister Stegerwald zusammenfassend Stellung: Die Kernfrage sei die Finanzierung. Erst wenn die Gemeinden ihre kurzfristigen Schulden in langfristige umgewandelt haben, könnten sie wieder an die Finanzierung von Wohnbauten denken. Wie dann das Geld zu beschaffen sei, könne man aber heute noch nicht sagen. Im Jahre 1932 würden noch viel weniger Hauszinssteuererträge zur Verfügung stehen als heute. Erst nach der Sanierung der Reichsfinanzen könne in Zukunft einmal wieder mehr gebaut werden.

Das Stahlhelm-Volk-gebeten auf Auflösung des Preussischen Landtags ist jetzt zugelassen worden. Die amtliche Mitteilung wird am 10. März veröffentlicht werden.

Sonderchau der Zuryfreien

Eine Ausstellung interessanter Künstler

Zunächst gibt es hier ein sehr verdienstliches Unternehmen der Zuryfreien: alles zusammenbringen, was heute in Deutschland an Kupfer-, Holz- und Stahlischen geleistet wird. Man verwechsle diese graphischen Techniken nicht mit Radierung, Holzschnitt usw. Es handelt sich um die mühsame Stichelarbeit, wie sie Schongauer und Dürer geübt haben, die im Laufe des 19. Jahrhunderts fast gänzlich abhanden gekommen ist, und die nur im letzten Jahrzehnt eine Reihe von deutschen Künstlern wieder aufgenommen und mit neuem Geist und neuem Inhalt gefüllt hat. Man kann mit dem Stichel (ohne Nadel) ebensoviel auf Kupfer- und Stahlplatten, wie auf hartem Holz und lithographischem Stein arbeiten. Für den Holzstich (der im 19. Jahrhundert als unkünstlerisches Reproduktionsmittel für die illustrierten Zeitschriften gehandelt wurde) haben sich in glänzender Weise Kössing in Essen (mit großartigen Gesellschaftskarikaturen) und H. A. Müller in Leipzig eingestellt, der sehr minutiöse Wirkungen mit mehrfarbigen Druckplatten erzielt; für den Steinstich A. W. Dreßler in Berlin. Die meisten und bedeutendsten Künstler halten sich an den Kupferstich, der die erschöpfendste Verwendung sehr harter und bestimmter Umrisse und modellierender Strichlagen erlaubt. Das erlebte man vor allem bei den ausgezeichneten Göttinger Siechern Johann Büsten (von dem die zugrunde liegenden haarfeinen Bleistiftzeichnungen mit ausgestellt sind, um die künstlerische Entschlieung zu verdeutlichen) und Loite Wegelerben, die schon heute als Führer dieser neuartigen Graphik anzusehen sind; verwandt in der Befinnung: E. Smith mit scharf pointierten Karikaturskizzen, Gertrud Verbs-Berneider aus Königsberg mit ganz vor-

trefflichen bildhaften Geschnitten, Banker, Robert Rayer (reiner Umrißstich) und Walter Bernhardt, meist aus Berlin. Erstausgaben ist auch die monumentale Größe und Strenge der großen Bildnisöpfe von Erich Büttner; sie sind wohl das Beste, was er je geschaffen hat. Auch Barnings Blumenstücke, Fellingmüllers Arbeiter und des alten Kalkreuth Porträts gehören zu den wiederentdeckten Pionierleistungen.

Im oberen Stockwerk sind wieder Einzelkolektionen in je einem Raum zu sehen; diesmal fast durchweg von Bedeutung. An die Spitze möchte ich die Skulpturen und Malereien des sehr merkwürdigen Richard Holzmann stellen. Die Vereinfachung der Form kann kaum weiter getrieben werden; Katzen, Vögel, Pferde, Elefant usw. in plastischem Material, Menschen in flächenhafter Malerei sind auf die letzten Möglichkeiten suggestiver Linien gebracht, mit einer außerordentlichen Intensität des Formerlebnisses. Interessant und vielversprechend ist die abstrakte Malerei von Otto Hofmann, Dessau; man spürt Vorbilder, stärker aber die selbstständig fortbildende Phantasie. Theodor Zug, ebenfalls aus Dessau, wandelt noch in eigentümlich zugespitzter Weise und mit Eigenart das große Vorbild Feiningers ab. Loeber und Hilde Broer bieten interessante, ja bedeutende Skulpturen; Ilse Kühner sinnlich stark empfundene farbige Zeichnungen. Ein besonderer Fall ist der Russe Leonid Feinberg, stark in realistische Lebenswiedergabe, vor allem im Porträt. Hier ist eine große Kraft, altertümlich gebunden, von verblüffender Geschicklichkeit und nicht ohne Größe, nicht ohne Hoffnung auf Befreiung vom Traditionellen. Paul F. Schmidt.

Gefinnungs-dramatik.

„Justizkrise“ von Credé.

Gute Dinge finden stets ihren Abschluß — trotz der Wirtschaftskrise. Die von den Moralreaktionären so reichlich produzierte Dummheit ließ sich daher leicht nach Frankreich exportieren. Es geschah, daß die französischen Muder einen Skandalprozess um den ominösen Abtreibungsparagrafen im gleichen Augenblick provozieren, als der brave Schriftsteller und Arzt Dr. Wolf die Stuttgarter Heuchler um ihren Verstand bringt.

In Paris ließ Herr Mathenus, sonst ein Kabarettfänger, einen Theaterstich, betitelt „Dein Körper gehört Dir!“ aufführen. Darin wird die These aufgestellt: Die Frau, die fürchtet, ein schwindsüchtiges Kind, Erzeugnis eines kranken Vaters, zur Welt zu bringen, hat das Recht, dieses Unglück zu verhindern, bevor es in seiner tragischen Wirklichkeit greifbar ist. Der französische Ankläger leitete gegen den Verfasser des Stückes das gleiche Verfahren ein, in das Dr. Credé und Dr. Friedrich Wolf bei uns verwickelt wurden.

Es ist es natürlich, daß die Menschenfreunde, die zur Aufklärung und vernünftigen Wohlfahrt neigen, mit Teilnahme anhören, was Credé gegen die unaustrachtbare Borniertheit zu sagen hat. Er machte aus seiner Befinnung eine theatrale Abhandlung in vielen Bildern. Der gute Arzt wird wegen seiner Güte gerichtlich verurteilt, verurteilt und erst freigelassen, nachdem die Seelenqualen seinen Körper zerstört haben. Während Frau und Kinder wehklagen und anflagen das unschuldige Opfer der Justiz beweinen, freuen sich die allmächtigen Herren des Gesetzes, daß sie mit ihren Paragrafen die alle Welt der sozialen Unablässigkeit gerettet und die Entstehung der neuen und kugeren wieder für einige Jahre aufgehalten haben.

Credé ist weder Künstler noch Dramatiker. Ihn kümmert nicht die Achtung vor dem Bühnenwort, nicht die Achtung vor der feineren Psychologie, nicht das ganze Handwerkzeug, auf das der Schriftsteller auch dann achten sollte, wenn er nur Befinnung aus seinem Innersten herausreißen möchte. Credé predigt fanatisch. Das ist kein moralisches Verdienst. Sein künstlerisches Verdienst ist gleich Null. Trotzdem stellen sich die Zuschauer und Zuhörer auf seine Seite. Sie sind überzeugt, daß ihre Sache von einem tapferen Mann geführt wird. Sie sind in dem Theater der Klosterstraße, das einstmals eine Kirche war, der Meinung, daß in entscheidenden Augenblicken der reine Verstand und das reine Herz ebenso wichtig sein müssen wie die reine Kunst. M. H.

„Die Glückssträhne.“

Theater in der Behrenstraße.

Die Autoren G. Berr und V. Verneuil, betriebsame Verwalter des französischen Lustspiels von gestern und heute, müssen einen Einfall zum Motor ihrer stehenden Figuren machen. Der Einfall ist nützlich, die Menschen haben ihre Glücks- und Unglückssträhnen; man kann einen ganzen Abend damit bestreiten. Aber bereits um zweiten und erst recht im dritten Akt ist der Einfall verfliegen, und das Schema tritt zutage. Die ausgezeichnete Darstellung, die den ewigen Typen des bourgeois Unterhaltungsstückes Reiz und Farbe verleiht, hilft freilich über die Klippen hinweg und das leichte Fahrzeug bleibt, vom Beifall der Zuschauer angetrieben, flott.

Ralph Arthur Roberts, Prinzipal und Hauptdarsteller der Bühne, weiß dem von der Troiluslosse befallenen, in seiner Vergeßlichkeit zu allen Indistinktionen aufgelegten Baron, der trotzdem große Geschäfte macht, die ergötzlichsten Seiten abzugewinnen. Friz Schulz hat mit dem stärksten Erfolg das Exempel für die Strahentheorie abgegeben: aus dem vom Unglück verfolgten armen Klavierlehrer wird mit einem Schlage der glückseligste Generalsekretär und Liebhaber der Baronin. Er muß schließlich vor dem allzu großen Glück fliehen, um das süße Glück zu finden: Lucie Englisch, die das bald schwächere, bald stärkere Geschlecht entzückend keh verkörpert. In dem stottern Zusammenstoß spielen annehmbar auf: Hans-Otto Stern als unwahrscheinlich Dicker, Ernst Behmer als Typ des Willensmenschen, Traute Carlisen, die die Seitensprünge ihres Barons mit gleicher Würde heimzucht, „ohne Anstoß zu erregen“. K. H. D.

Das Beilchen vom Montmartre.

Metropoltheater.

Paris, 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Historische Gestalten, französische Künstler des zweiten Kaiserreichs bevölkern die Bühne: der Maler Delacroix, der Bohème-Dichter Henry Murger, der Operettenkomponist Florimond Ronger, genannt Herod. Sie mußten auch für das Albreto — es ist keineswegs besser als sich von Branuner und Grünwald erwarten ließ — die Motive liefern. Im ersten Akt herrscht Bohème-Stimmung mit Puccini-Melodien; den dritten retten bewährte Situationen aus „Ranzelle Ritouche“. Im zweiten blüht herkömmlicher Operettenunsinn. Im Verborgenen blüht das „Beilchen vom Montmartre“, blüht ihre — Violettas — entjagungssohle Liebe zu Delacroix in Tönen von zweifelhafter

Lehr-Melodie. Aber die Musik ist immerhin von Emmerich Kalman, und der ist als Komponist heute vielleicht der einzige, durch den die verblühende Wiener Operettentradition noch einmal fruchtbar wird. Beherrschung der Form und Orchesterbehandlung zeigen den Musiker von achtbarem Niveau.

Die Titelfigur wird für Gitta Alpar eine „Trovata“-Partie mit schluchzenden und jubelnden Koloraturen; und mit einer großen Käthe-Dorck-Szene, in der sie viel echtes Gefühl der Hingebung investiert. Karl Böke besticht durch den strahlenden Glanz seines Tenors, Anni Ahlers hat Temperament und Charme einzulegen. Zwei neue Erscheinungen sollen auf: Egon Proffig; dürr, riesenhaft, unwiderstehlich als Länger, von verblüffender Gelehrtheit, und ein herrlicher Komiker, Richard Waldemar, in der Rollenfigur eines böhmischen Gerichtsvollziehers. In der Tat, es geht diesmal lustig her im hochbornen Operettenhaus der Brüder Koller, und es wird viel gelacht, auch über eine wihige Ballettparodie im letzten Bild. Eine in vielem gelungene Auf-führung; der Erfolg wäre noch größer, würde nicht durch den Unjug der Dacapos, die nicht vom Publikum erzwungen, sondern dem ermüdeten Publikum aufgezungen werden, der Abend unmöglich in die Länge gezogen. Die Leute sollen sich für ihr Geld gründlich amüsieren; aber fast 4 1/2 Stunden Operette, das ist auch für den beifallfreudigsten Premierenbesucher des Metropoltheaters zuviel. K. P.

„Ihre Hoheit befiehlt.“

Gloria-Palast.

Auf einem Gefindefuß lernen ein adeliger Beutnant und eine Prinzessin sich kennen. Beide lieben sich auf den ersten Blick, beide bedienen sich falscher Personalien; denn er gibt sich für einen Delikatessenwarenderkäufer und sie sich für eine Monikürdame aus. Nach vielen lustigen Zwischenfällen findet sich zum Schluß das Paar zusammen.

Das Manuskript verspottet reizvoll (und in Anbetracht, daß es für einen Uffim benutzt wurde, sogar kühn) das alberne höfliche Getue. Alle erstarren in Ehrfurcht vor dem König, man sieht nur die Beifreien lechzender Menschen, und als man endlich den König zu Gesicht bekommt, da ist das ein kleiner, ungezogener Junge, der schlü, weil sein Griecherei angebrannt ist. Ferner wirkt es sehr ulzig, wie der protegierte Offizier innerhalb von zwei Tagen vom Beutnant zum General avanciert, bis es ihm selbst zu dumm wird und er aus eigener Laune wieder beim Beutnant anfängt. Trotzdem hat das Publikum Anspruch auf ein anderes Milieu.

Man muß die Filmoperetten endlich aus der Startheit der Schablonenarbeit befreien. Der Regisseur Hans Schwarz hat unbedingt sehr gute Einfälle, aber da ihm zu viele Vorgänger im Weese stehen, schafft er nichts aufsehenerregend Neues. Auf das rein Bildliche legt er großen Wert, und die Photographen konnten Eisauf-szenen von beständigem Reiz festhalten.

Berner Henmanns Musik ist recht gefällig und zwei schöne Walzer schmeicheln sich derart ein, daß das Publikum sie sofort singt. Willi Frisch ist der selbe Beutnant und die tonfängerige, ja jugendliche Käthe von Ragg keine liebreizende Partnerin. Reinhold Schünzel ist als Staatsminister ein abfärdender Beredner der Eitette. Er spielt so famos und so von Grund auf anders als bisher, daß er beinahe eine Reuentdeckung für den Tonfilm ist. e. b.

Ambigu-Theater geschlossen.

Ueberrauschung hat die plötzliche Schließung des Pariser Theaters Ambigu hervorgerufen, in dem die „Affäre Dreyfus“ gespielt wird. Das Publikum, das sich am Mittwochabend zur Vorstellung begeben wollte, fand die Schaller geschlossen. Ein umfangreiches Postge-laufgebot hatte vor und in dem Gebäude Ausstellung genommen, da man neue Zwischenfälle befürchtete. Die Theaterleitung gab als Grund der Schließung die Erkrankung des französischen Uebersetzers des Stückes, Richepin, an, der in aller Eile in ein Krankenhaus transportiert werden mußte. In Wirklichkeit hat sich die Direktion des Theaters nach den feindlichen Rundungen in den letzten Tagen und Wochen durch nationalistische Organisationen und nach der Veröffentlichung eines Manifests einer rechtsgerichteten Front-kämpfervereinigung, in der neue Zwischenfälle abzusehen werden, entschlossen, das Stück vorläufig vom Spielplan abzuziehen. Ob das Stück ganz abgesetzt wird oder nur für einige Tage, steht noch nicht fest.

Einen fideleu Abend gab es im Schwedensaal. Eine Dame sagte Verse auf und ein hübscher, dicker, femininer Herr der Pariser Länger Paul Swan, erging sich ernstgemeintem Arm- und Beinschwängen. Das Publikum wurde von Minute zu Minute heiler und schließlich herrliche allgemeiner Frohfinn, in den sich vernünftiges Pfeifen mischte. Ich habe nicht gelacht. Mich bewogte die erste Frage: was für Begriffe muß man in Paris von deutscher Tonkunst haben, wenn man den Berlinern derartiges bieten zu dürfen meint? J. S.

Valesta Get tritt noch ein letztes Mal in dieser Saison auf, und zwar am 7. März im Schwedensaal.

Stubbendorffs Kreditplan.

Wie sich der deutschnationale Agrarier ein Kreditgeschäft vorstellt / Der beste Weg zur Meile.

Der Untersuchungs-ausschuss für die Roggenzucht brachte gestern wieder die üblichen Angriffe der deutschnational-kommunistischen und wirtschaftsparteilichen Einheitsfront gegen die öffentliche Wirtschaft. Diesmal kam aber eine ergiebige Rote in diesen Kampf, der in seiner Eintönigkeit schon langweilig zu werden drohte. Herr Stubbendorff und ebenso die Kommunisten enthielten nämlich dem Ausschuss ihre geheimsten Gedanken, wie sie sich eine Kredittransaktion vorstellen, und es mußte eine richtige, wenn auch erfolglose Unterrichtsstunde, insbesondere mit Herrn Stubbendorff abgehalten werden, um ihn den kalten Disfunktionalismus seiner kreditwirtschaftlichen Anschauungen klarzumachen.

Zwischen der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft als Stützungsstelle war durch Vermittlung der G. I. C. mit einem Konsortium aus Breitenkasse, Rentbank und Reichskreditgesellschaft ein Lombardkredit von 30 Millionen Mark abgeschlossen worden. Der Stützungsstelle und insbesondere dem Reichskommissar Dr. Baade wurde nun zum Vorschlag gemacht, daß er statt mit diesem unter Führung der öffentlichen Banken stehenden besonders leistungsfähigen Kreditkonsortium abzuschließen, nicht lieber das Kreditangebot eines Herrn Hoffnung von der Berliner Getreide-Börse angenommen hätte. Der „Generalkonferenzpräsident“ des Ausschusses für Fragen des Getreidehandels, Kommerzienrat Zielenziger, von dem wir schon neulich berichteten, daß er seinerzeit den vom Ausschuss aufgedeckten Kampfplan gegen die öffentliche Getreidewirtschaft zusammengebracht und vermarktet hat, bemühte sich „sachverständig“ darzulegen, daß das Kreditangebot des privaten Händlers vorteilhafter gewesen wäre, als das der öffentlichen Gesellschaften. Der Hauptvorwurf sollte darin bestehen, daß Herr Hoffnung das Getreide mit 80 Proz. des jeweiligen Kurswertes beleihen wollte, während die öffentlichen Gesellschaften vorsichtigerweise nur eine Beleihung mit 50 M. je Tonne = etwa 50 M. des Kurswertes zuzustanden.

Herr Stubbendorff und die Kommunisten bemühten sich im eblen Bestreben die ungeheuren Vorteile hervorzuheben, welche die Stützungsstelle angeblich durch eine höhere Beleihung des Roggens gehabt hätte. Herr Stubbendorff entwickelte dabei einen Kreditplan, der vom Ausschuss zunächst mit ungläubigen Stauen und dann mit immer stärkerem Schmunzeln entgegengenommen wurde. Er war der Ansicht, man hätte auf Grund des Kredites von Herrn Hoffnung den vorhandenen Roggen beleihen, mit dem gefahrenen Gelde neuen Roggen kaufen, diesen wieder beleihen sollen, auf Grund des neuen Geldes wieder Roggen kaufen, wieder beleihen usw. Mit diesem genialen Kreditplan kam er zu der Berechnung, daß die Stützungsstelle mit ganz geringfügigen eigenen Mitteln 500 000 Tonnen Roggen hätte kaufen können.

Die Berichterstatterin des Ausschusses, Genossin Sender, stellte dazu fest, daß dies anscheinend die kreditpolitische Methode sei, mit der Herr Stubbendorff seinerzeit die Land- und Genossenschaftlichen pleite gemacht hat.

Eine besonders kräftige Dyrreige von landwirtschaftlicher Seite holte sich Herr Stubbendorff, als der Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates zu diesem Kreditprojekt erklärte, daß eine derartige mehrfache Beleihung des Getreides mit den Grundlagen des deutschen Pfandrechts und mit den Grundlagen eines ordentlichen Kaufmannes in Widerspruch stehen würde.

Die Kommunisten bewiesen bei dieser Gelegenheit wieder Herrn Stubbendorff ihre volle Bundestreue im Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft. Auch sie hielten den Kreditabschluß mit dem öffentlichen Konsortium für ungünstig und priesen die Vorgänge des Kreditangebotes des Herrn Hoffnung, und zwar aus dem gleichen Grunde wie Herr Stubbendorff wegen der angebotenen hohen Beleihungsgrenze.

Genosse Hilferding erinnerte sie dabei an die 140 000 Tonnen Roggen, welche die Sowjetregierung in den letzten Tagen in Rotterdam an ein Konsortium von holländischen und deutschen Getreidehändlern verschleudert hat, und zwar zu einem Preise, bei dem Sowjetrußland nach Abzug von Frachten, Zinsen und Lagerkosten nur etwa 1,70 M. pro Zentner erhalten hat. Einer der Gründe dafür, daß die russische Regierung diesen Roggen, den die russische Bevölkerung wahrhaftig bitter nötig zur Verbesserung ihrer Ernährungsfrage brauchen könnte, zu einem solchen Schandpreis hergeben mußte, liegt darin, daß Rußland den in Rotterdam eingelagerten Roggen bei einer Privatfirma verpfändet hatte, und zwar zu der sehr hohen Beleihungsgrenze von 4 Hfl. je Doppelzentner. Die Preise sind jedoch noch unter 4 Hfl. gefallen und als die Russen dieses Quantum jetzt für 3,47 1/2 Hfl. veräußern mußten, haben sie nicht nur keinen Pfennig bares Geld in die Finger bekommen, sondern noch bares Geld bezahlen müssen.

Minister Schiele erläuterte dann, in welcher Weise bei dem zweiten Kreditvertrag mit dem öffentlichen Konsortium im August noch Verbesserungen gegenüber dem ersten Vertrag herausgeholt worden sind. Er beschleunigte der G. I. C., daß sie die im Zusammenhang mit der Roggenzucht übertragenen Aufgaben, deren steigender Umfang eine bedauerliche organisatorische und kaufmännische Leistung erforderte, nach besten Kräften und mit geschäftsmännischem Geschick durchgeführt habe. Die Bedingungen, zu denen sie in großem Umfang erforderlichen Kredite bei ihrem Bankkonsortium erwirkte und der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft zur Verfügung stellte, könne er nur als tüchtig und angemessen bezeichnen.

Im Zeichen des Stegerwald-Kurses.

Was die rheinischen Bauunternehmer fordern.

Köln, 5. März. (Eigenbericht.)

Auf Grund der zentralen Vereinbarungen haben am Mittwoch in Köln die Parteiverhandlungen für das rheinische Baugewerbe zur Neuregelung der Löhne stattgefunden. Was sich die Unternehmer im Baugewerbe bei den gestrigen Lohnverhandlungen gewünscht haben, spottet jeder Beschreibung. Sie fordern für die Großstadtgebiete Düsseldorf und Köln eine Herabsetzung der Facharbeiterlöhne um 38 P. pro Stunde, somit eine Lohnsenkung von 28,15 Proz. Die Hilfsarbeiter sollen 31,15 Proz. Lohnabbau schlucken. Für das gesamte Buppertal, einschließlich Solingen-Renscheid, ebenfalls das linksrheinische Gebiet Ahrfeld-Bladbach, soll eine neue Lohnklasse gebildet werden, zu dem Zweck, für diese Gebiete eine Lohnsenkung von 41 P. gleich 33,7 Proz. zu erreichen. Durch die neue Ortsklasseneinteilung wirken sich die Forderungen noch verrückter für die Gebiete Koblenz und Trier aus. Dort soll der Facharbeiterlohn um 49 P. gleich 37,7 Proz. herabgesetzt werden.

Die Arbeitervertreter sind natürlich den Unternehmern die gebührende Antwort nicht schuldig geblieben und haben mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe in sehr geschickter Weise die Notwendigkeit der Einführung der Bierzigstundennormen gefordert und begründet.

Die Verhandlungen sind gescheitert. Nunmehr muß das bezirklische Tarifamt eingreifen.

Bravo, Osthafen-Belegschaft!

Sie hat aufgepaßt!

„Osthafen-Belegschaft, aufgepaßt!“ stand am 19. Februar 1931 in der „Roten Fahne“. Es wimmelte im Osthafen von „Berrättern“ und war die riesengroße RBD-Fahne auf dem Dache des Osthafen-Speichers in der „Fahne“ abgebildet sah, mußte glauben, daß die RBD dort einen sicheren Sieg erringen und die „gebrandmarkten Berräter“ zur Strecke bringen wird.

In der Betriebsversammlung der Osthafenbelegschaft vom 26. Februar wurde der Artikel der „Roten Fahne“ unter die Lupe

genommen und von den Angegriffenen gebührend beleuchtet, wobei der unbekante Kritiker schlecht abschnitt. Das, was unserem Genossen im Betriebsrat vorgeworfen wurde, zerfiel in nichts.

Halt, doch! Die Saufereien mit der Geschäftsleitung mußten zugegeben werden, aber unter schallendem Gelächter der Versammelten von den Kommunisten, die seinerzeit dem Betriebsrat angehörten. So sahen diese Helden aus. Beschimpfen andere mit Dingen, die sie selbst getan haben.

Ein von ihnen in die Versammlung geschickter RBD-Mann mußte, trotzdem er sich große Mühe gab seinen Spruch anzubringen, den Versammlungsraum verlassen. Nach Schluß der Versammlung gelang es dem „Revolutionär“, seine Worte vor einem halben Dutzend Zuhörern abzugeben, ohne daß es ihm trotz mehrmaliger Aufforderung gelang, eine rote RBD-Liste fertigzustellen.

Die Belegschaft hat eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt und unsere angegriffenen Genossen sind wiedergewählt!

Der Prinz als Unternehmer.

Wie Arbeiter ins Elend geiarzt werden.

Im schlesischen Gebirge hat ein Schneesturm, der dort vor einigen Wochen getobt hat, riesige Waldverwüstungen angerichtet. Auf der deutschen Seite sollen dem Unwetter rund eine Million Festmeter Holz, auf der tschechischen Seite rund 2 Millionen zum Opfer gefallen sein.

Die preussische Staatsregierung hat für die Beilegung der Sturmschäden und insbesondere für die Aufarbeitung des gemorrenen Holzes Gelder zu verbilligten Zinssätzen auf längere Zeit zur Verfügung gestellt. Die Gelder sollen in der Hauptsache an diejenigen Waldbesitzer vergeben werden, die keine flüssigen Mittel zur Verfügung haben. Solche Waldbesitzer sind in erster Linie die diesen bauerlichen.

Den Großgrundbesitzern gefällt die Art nicht, in der das Geld vergeben wird. Wo der Staat Mittel ausschüttet, da wollen auch sie profitieren. Daß sie den Staat sonst bei jeder Gelegenheit bekämpfen und ihm Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu bereiten versuchen, läßt sie kalt. Geschäft ist eben Geschäft.

Um an die Staatsgelder heranzugehen, versuchen jetzt einige Großwäldbesitzer, eine Fiendelage vorzutäuschen. Es geschieht das, indem sie Waffenkündigungen von Forstarbeitern mit der Erklärung vornehmen, daß sie der Mangel an Betriebsmitteln dazu zwingt.

Friedrich Heinrich Prinz von Preußen, Besitzer von zirka 4000 Hektar Hochwald in der Grafschaft Glatz, hat seinen Forstarbeitern ein Schreiben folgenden Wortlauts zukommen lassen:

„Forstamt, den 30. Januar 1931.“

Mit Rücksicht auf unseren augenblicklichen gänzlichen Mangel an Geldern sehen wir uns unter Stützung auf § 11 des Arbeits- und Lohnvertrages für die schlesische Forstwirtschaft auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruchs vom 14. Oktober 1930 gezwungen, Ihnen das Arbeitsverhältnis zum 14. Februar 1931 zu kündigen.

Der Oberförster, gez.: Unterschrift.“

Der Fürst von Biehl, der im Waldenburger Bezirk über riesige Waldbestände verfügt, demonstriert seine angebliche Notlage durch Kündigungschriften folgenden Wortlauts:

„, den 28. Januar 1931.“

Der Mangel an Betriebsmitteln zwingt zur sofortigen Einstellung des Holzverkaufes.

Wir kündigen Ihnen aus diesem Grunde das Arbeitsverhältnis zur Beendigung am 14. Februar 1931.

Forstamt des Fürsten von Biehl, gez. Biehl.“

Wir haben das Vertrauen zur preussischen Staatsregierung, daß sie sich von dem Vorgehen der schlesischen Großwäldbesitzer nicht beeinflussen läßt, sondern sich ihnen gegenüber so einstellt, wie sie es verdient haben und wie es die Gerechtigkeit verlangt.

Angst vor der Wahrheit.

Flucht vor dem Brest-Litowsk-Beweis

Warschau, 5. März. (Eigenbericht.)

In Bromberg sollte am Donnerstag ein Pressespektakel beginnen, in dem für die Vorgänge von Brest-Litowsk durch die Vernehmung von 15 gemarterten Oppositionsführern der Wahrheitsbeweis erbracht werden sollte. Nun hat der Oberste Gerichtshof in Warschau angeordnet, daß der Prozeß nicht in Bromberg verhandelt werden soll; dort könnte durch die Verhandlung eine starke Erregung der Bevölkerung ausgelöst werden. Das Verfahren ist deshalb vor ein Thornener Gericht verlegt. Dort wird man schon dafür sorgen, daß der peinliche Wahrheitsbeweis nicht zustande kommt.

Rückwärtsrevision der Verfassung.

Warschau, 5. März. (Eigenbericht.)

Im Sejm begann die Debatte über den von dem Regierungsbüro eingebrachten Antrag auf Veränderung der Verfassung, dessen Ziel ist, die Diktatur Pilsudskis zu legalisieren. Die Rechte des Parlaments sollen auf ein Mindestmaß zusammenschrumpfen. Die Abgeordnetenimmunität soll aufgehoben und ein Teil des Senats vom Staatspräsidenten ernannt werden, der noch eine Reihe der Parlamentsrechte übernehmen soll.

In der Debatte sprachen sechs Regierungsabgeordnete für den Antrag, den die Opposition geschlossen bekämpft.

Eine Deutsche in Polen verurteilt.

Larnowit, 5. März.

Unter der Anklage der Spionage zugunsten Deutschlands hatte sich Julie Bissot aus Beuthen, seit etwa fünf Monaten in Untersuchungshaft, zu verantworten. Sie war im Zuge Larnowit-Beuthen verhaftet worden, als sie aus Gefälligkeit für eine Bekannte ein kleines Päckchen, das nach den ihr gemachten Angaben ein Kleidungsstück enthalten sollte, über die Grenze beförderte. Die Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Das Verfahren gegen weitere in derselben Angelegenheit Angeklagte wurde vertagt bzw. anderen Gerichten überwiesen.

Neuwahlen in der Türkei. Kemal Pascha, der nach einer längeren Reise durch die westliche Türkei nach Ankara zurückgekehrt ist, teilte zur allgemeinen Ueberraschung der Öffentlichkeit mit, daß das türkische Parlament in den nächsten Tagen aufgelöst und Neuwahlen für den 30. April ausgeschrieben würden.

Wetter für Berlin: Beständiges Wetter mit kalter Nacht und schwacher Luftbewegung. — Für Deutschland: Im Nordosten noch etwas unbeständig, sonst allgemein heiter mit weidverbereiten, stellenweise strengen Nachfrösten.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Seppert, Berlin; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Hermanns Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68. Einbrenntakt 2. Bieriga 1. Verlag.

Staats-Oper
Unter d. Linden
185. A-V
20 Uhr
Fürst Igor
Ende 23 Uhr

Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Bohème
Ende g. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
im Platz der Republik.
20 Uhr
5. Sinfonie - Konz.
Kapelle der Staatsoper
Dir. Otto Klemperer
Solist: Edwin Fischer
Ende 22 Uhr

Städt. Schiller-Theater, Charlitzg.
20 Uhr
Don Carlos
Ende gegen 23 Uhr

PLAZA
Tagl. 8 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2
E 4, Alex. 8066
Nehm. 50 Pf. — 1 M., abdt. 1-2 M.
Bu-Bu Der Wunder-
Schimpansen
Peter Piel, Das Original
Raymond Kloo, Karlsruher Str. 11

Winter-Garten
8 1/2 Uhr, Zentr. 2819, Saalchen erbaud.
Young China, Duncan Collis,
Lotte Werkmeister, 4 Polliops,
Karlswald, Bismarck usw.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Tagl. 8 Uhr, im weissen Saal.
Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise. Regie: Erik Charell

Volksbühne
Theater am Wollplatz.
8 Uhr
Das
Wintermärchen
So. u. Stg. 8 Uhr
Hans Albers
in
Liliom
Vorstadtleitung
von Franz Molnar
Städt. Schiller-Th.
8 Uhr
Don Carlos

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 122
Tel. Alex. 3422 u. 3494
8:30 Uhr
Das Parfum
meiner Frau
8 1/2 Uhr
Die
Faschingsfee
Komische Oper
8 1/2 Uhr
Kleine Preise
Peppina
einer paradiesischen Liebling der
Komposition
Robert Stolz
in der Premierebesetzung

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr
Uraufführung
Der Hauptmann
von Köpenik
v. Carl Zuckmayer
Regie: Helmut Milpert
Bühnenbilder:
Ernst Schütte

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Pariser
Platz 13
von Vicki Baum
Regie: Satal Erdmann

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Beck.

Kurfürstendamm-
Theater
Bismarck 449
8 Uhr
Das schwache
Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reichardt

Barnowsky - Bühnen
Theater in
der Strommannstr.
8 1/2 Uhr
Amphitryon 38
Komödie von
Jean Giraudoux
Inszenierung:
Victor Barnowsky

Neues Theater
am Zoo
Im Bahnh. Zoo. Stpl. 6554
Heute 8 1/2 Uhr
zum 1. u. 2. Male:
Der 11. Lächerlied!
Das öffentliche
Aergernis
Preise 1 bis 8 M.

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr:
Schön ist die
Welt
Franz Lehár's
Operetten-Erfolg
Sonntag, nachm. 10:30
billige Preise
Schön ist die Welt

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die schöne
Alexandra
Lorenz, Schallw. Pfl.
Tessmann, Siska
Sonntags 4 Uhr
Kleine Preise
Die schöne
Alexandra

Piscator-Bühne
(Wallner-Theater)
Alex. 4592-93.
Täglich 8 1/2
Die Frau
in Front
Ab Freitag
Cyankali

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Veilchen
v. Montmartre
Operette v. Kálmán
Gitta Alpar, Anni
Ahlers, Karl Jöken,
Wid. Waldemar u. G.
Ergun u. G. als Gast.

ROSE-THEATER
Täglich 8 1/2
Sonntags: 2, 3, 4, 5, 9
„Die Faschingsfee“
Operette von Kálmán
Regie: Paul Rose
Tänze: Georges Blanvalet
in den Hauptrollen:
Traute Rose, Loni Pyramont,
Joc. Veilhorn, Hans Rose,
Karl Göllich, Kurt Mikulski
Abendpreise
von 50 Pf. bis 3 M.

SCALA
Tagl. 2 Vorstr.
8 u. 8 1/2 Uhr
Barbarossa 9256
Nehm. 50 Pf. bis 3 M., abends 1 bis 6 M.
Dollie u. Billie
Dance Fabies Co.
mit Estelle Mattern
und weitere Attraktionen.

DAS BLAUE HEMD
VON ITHAKA
MUSIK: J. OFFENBACH
THEATER IM ADMIRALSPALAST

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Beck.

Kurfürstendamm-
Theater
Bismarck 449
8 Uhr
Das schwache
Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reichardt

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Liebe unmodern
Grete Reinwald
Will Kaufmann,
Helax Alubertanz.
Sonntags 5 Uhr
1 x ist keinmal
kl. Preise 1-4 M.

Lustspielhaus
Kurt Götz
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lögner u.
die Nonne

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 57.
Nur noch heute
Onkel Kühn aus
Neuruppin
Freitag, den 6. März zum 1. Male
O diese Schwiegerväter
Guldschein 1-4 Personen
Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M.

NEUE WELT
Arnold Scholz
U-Bahn Hermannplatz, Rosenhalde 108-114
Gr. Bockbierfest
und
GROSSES
SCHWEINESCHLACHTEN.
7 Kapellen, Neue Dekorationen,
Bayr. Bedienung
Einlaß 6 Uhr.

„Das Parfum meiner Frau“
von Leo Lenz.
Preise von 30 Pf. bis 1 50 M.
20 Minuten Kaffeepause.
Kaffee u. Kuchen 90 Pf.
otägiger Vorverkauf 11-1 und
4-6 Uhr. Alexander 3422.

Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn Strausberger Platz

Wie behandelt man schwierige Kinder?

Merkmale / Unterschiede / Methoden

In der Erziehung gibt es fast immer irgendwelche Schwierigkeiten. Manche sind harmlos, und auch die Eltern nehmen sie nicht zu traglich. Oft gehen sie vorüber, genau so, wie sie gekommen sind: sie hängen ja nicht selten mit der Entwicklung des Kindes zusammen. Schwer ist es nur für die Eltern, wenn die sich daraus ergebenden Konflikte ihnen über den Kopf wachsen, wenn sie auch beim besten Willen mit den Kindern nicht fertig werden können und die üblichen pädagogischen Maßnahmen nicht mehr ausreichen. In solchen Fällen ist es am vernünftigsten, sich an einen Menschen zu wenden, der Erfahrung in dem Erkennen und Beeinflussen von Erziehungsschwierigkeiten besitzt. Ein Dritter sieht alles objektiver, er kann eher Eltern und Kind und ihre gegenseitige Beziehung ohne gefühlsmäßige Beirathung beurteilen. Manchmal stellt es sich heraus, daß das Kind eigentlich gar nicht das ist, was man mit „schwer erziehbar“ bezeichnen könnte; es reagiert nur in einer den Erwachsenen unverständlichen Form auf ihre selbst verschuldeten, ihnen nicht immer bewußten Erziehungsfehler. In solchen Fällen wird man, nachdem die Situation erkannt wurde, die Kinder von den Erwachsenen trennen müssen, oder aber es wäre eine vollkommene Umstellung der Erwachsenen notwendig.

Nicht nur im Elternhause, sondern auch in Kindergarten, Heim, Schule und Lehrstelle machen Kinder und Jugendliche Schwierigkeiten. Dieselben Kinder, die in der Familie keinerlei Anlaß zur Klage geben, werden den Eltern oft von außen als schwierig gemeldet. Da heißt es objektiv prüfen, woran es liegt, daß es gerade dort nicht recht gehen will; und es wird sich im Interesse des Kindes eine Herausnahme aus dem betreffenden Kindergarten, der Schule oder Lehrstelle nicht vermeiden lassen. Man kann beobachten, daß solche Kinder in anderer geeigneter Umgebung ihr Verhalten völlig ändern.

Aber Erziehungsschwierigkeiten, die durch Wechsel des Ortes oder Umstellung der Erwachsenen sich beheben lassen, sind ja verhältnismäßig harmlos. Eine weittragendere Bedeutung gewinnen sie erst dann, wenn sie durch eine Reihe von entscheidenden Entwicklungsjahren, durch Anlage und Milieueinflüsse im weitesten Sinne in ihren Wechselbeziehungen vorbereitet und großgezogen wurden. Da heißt es: auf den Grund gehen. Unsere Zeit erfordert eine neue pädagogische Einstellung. Wir gehen heute nicht mehr mit dem Begriff der unerschütterlichen Autorität an Kinder heran. Wir haben gelernt, sie als selbständige Wesen mit eigenen Anschauungen und eigenen Problemen zu betrachten. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir auch gelernt, die sogenannten Ungelegenheiten, Fehler und auffällige Charaktereigenschaften anders zu beurteilen und zu werten. Es nützt wenig, das Kind wohllos zu strafen, ihm seine Unarten vorzuwerfen und Moralpredigten zu halten. Es läßt sich auch vermeiden, daß die sogenannten mißratenen Kinder die Harmonie der ganzen Familie gefährden. Wieviel Wert darauf ist dadurch schon zwischen Vater und Mutter gesetzt worden! „Daran bist nur du schuld“, werfen sie sich gegenseitig vor. „Das kann das Kind nur von dir haben!“ Besonders unerquicklich sind solche Szenen dann, wenn die Kinder dabei anwesend sind. Es heißt vielmehr für die betroffenen Eltern, nicht den Mut zu verlieren, sondern sich schnell an berufener Stelle Rat zu holen, um dem Kinde und gleichzeitig auch sich selbst zu helfen.

Nun fragen wir, welche sind die häufigsten Erziehungsschwierigkeiten und wie können wir ihnen abhelfen? Wir können hier nur einige allgemein gültige und aus langjährige Erfahrung gestützte Beobachtungen bringen. Es lassen sich zwei große Gruppen von schwierigen Kindern unterscheiden: die einen sind solche, die wenig auffallen, die Erwachsenen nicht sonderlich stören und sich den Anforderungen der Außenwelt ziemlich gut anpassen, die es aber mit sich selbst sehr schwer haben. Das sind die sogenannten nervösen, empfindlichen, zarten Kinder, Kinder, die an Schlaflosigkeit leiden, die unruhigen und leicht erregbaren Kinder, auch die verschlossenen, grüßlichen, schwermütigen und die Kinder, die keine Kameraden haben, die am liebsten allein sind und auch zu den Erwachsenen kein richtiges Verhältnis finden können. Nur liebende und aufmerksame Eltern, Erzieher und Lehrer bemerken, daß etwas mit diesen Kindern nicht stimmt, daß sie doch nicht so sind, wie sie sein müßten.

So bemerkt z. B. die Lehrerin in der Schule, daß die 7jährige Lilli immer sehr müde ist, und das schon in der ersten Unterrichtsstunde. Lilli ist ein sehr zartes Kind, und deswegen glaubt die Lehrerin, daß das einfach eine körperliche Schwäche ist. Der Schulfahrer sagt, daß das Kind zwar zart, aber doch nicht krank und meint, daß die Müdigkeit andere Ursachen haben müsse. Die Lehrerin spricht mit der Mutter, und von ihr erzählt sie nach einigem Zögern, daß es ihnen jetzt sehr schlecht ginge, daß die ganze Familie, fünf Personen, in einer kleinen Stube wohne und deswegen das Kind mit den Eltern in einem Bett schlafen müsse. Sie habe es längst bemerkt, daß das Kind in der Nacht entweder sehr unruhig oder überhaupt nicht schlafte und sich ängstlich an die Mutter anklammerte. Darauf wurde das Kind einer Beratungsstelle für Heilerziehung zugeführt und von da aus erst einmal für einige Zeit zur Erholung verschickt. Dort gelang es nach einer gewissen Zeit, das Kind daran zu gewöhnen, allein und gut zu schlafen. Nach Hause zurückgeführt, hatte das Kind von jetzt an ein Bett für sich, das den Eltern inzwischen vom Jugendamt zur Verfügung gestellt worden war. So konnte dank der Aufmerksamkeit einer Lehrerin diesem Kinde, wenn auch nicht reiflos, so doch wesentlich geholfen werden. Es war auch eine Hilfe für die Mutter, die von nun an sich mit der Lehrerin ohne Scheu über alles aussprechen und sich Rat holen konnte.

Zu der zweiten Gruppe der schwierigen Kinder gehören diejenigen, mit denen die Umwelt aus irgendeinem Grunde schwer auskommen kann. Eltern und Erzieher sind, ob sie wollen oder nicht, ganz einfach gezwungen, sich mit diesen Kindern zu beschäftigen, um die Störungen, die sie verursachen, zu beseitigen. Das sind vor allem die geistig zurückgebliebenen Kinder verschiedenen Grades. Die Erziehung dieser Kinder erfordert eine besonders Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Wurde die geistige Schwäche von den Eltern in der Vorkindzeit nicht bemerkt, so tritt

sie mit Sicherheit nach der Einschulung zutage. Früher oder später stellt es sich heraus, daß die Kinder im Unterricht trotz der größten Anstrengungen nicht mitkommen und in der Klasse nicht bleiben können. Solche Kinder müssen in andere geeignete Schulen umgeschult werden, wo der Unterricht sich nach dem Auffassungsvermögen und der Eigenart eines solchen Kindes richtet.

Hier begehen die Eltern oft den großen Fehler, daß sie sich in unvernünftiger Weise gegen die Umschulung in die Hilfsschule wehren. Die Tatsache, daß ihr Kind geistig nicht auf der Höhe ist, verbittert sie und macht sie dem Kind gegenüber ungerecht. Sie nennen es biide und faul und machen ihm Vorwürfe bei jeder Gelegenheit. Diese Eltern wollen nicht einsehen, daß doch das Kind gar nichts dafür kann, und daß sie durch ihr Benehmen dem Kinde auch seelisch sehr schaden. So kommt es, daß die meisten geistig zurückgebliebenen Kinder im Charakter und Gemüt gestört sind. Es ist klar ersichtlich, daß hier das Wohl der Kinder hinter einer falschen Scham der Eltern zurücktritt. Sie glauben bei sich selbst und den Nachbarn etwas zu verlieren und an Achtung einzubüßen, wenn ihr Kind die Hilfsschule besucht. Sie fürchten den Ratsch und die vertehenden Aussprüche, wie: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, die, wie sie meinen, auf sie zurückfallen, wogegen sie lieber die Selbstziehung und Kraft aufbringen sollten, sie mit Würde zu ertragen.

Vor diesem Fehler kann nicht genug gewarnt werden. Die Hilfsschule ist nämlich in ihrer Organisation und Lehrmethode dem

Wesen des geistig zurückgebliebenen Kindes angepaßt. Auch die Hilfsschullehrer haben eine andere Einstellung zu diesen Kindern als die Lehrer einer normalen Schule. In der Hilfsschule ist die Möglichkeit einer eingehenden und intensiven Beschäftigung mit dem einzelnen Kinde gegeben. Auf diese Weise kann der Lehrer alle vorhandenen Fähigkeiten der Kinder erkennen und sie entwickeln. Denn nicht selten sind solche Kinder auf irgendeinem Gebiete besonders begabt. So können sie z. B. handwerklich sehr geschickt sein und später in einem ihren besonderen Fähigkeiten angepaßten Berufe so manches leisten. In der normalen Schule mit ihren großen Klassen wird es den Lehrern kaum möglich sein, sich dem einzelnen Kinde zu widmen und auf die Eigenart seiner Persönlichkeit einzugehen. Deswegen lernen wenig begabte und geistig zurückgebliebene Kinder in solchen Klassen wenig. Sie sind aber der Dual des Sich-zurückgeheft und Kinderwertigkeits oft Jahre hindurch ausgelegt. In einer Hilfsschule dagegen können dieselben Kinder als die besten und geachtetsten Schüler gelten, wodurch für sie eine viel günstigere seelische Situation entsteht.

Aus all diesen Gründen müssen die Erwachsenen sich ganz bemühen für das Ansehen und den Ruf der Hilfsschule auch bei den Kindern einzusetzen. Heute heißt es noch unter den Kindern: in die „Dofenschule“ gehen. Diese Bestimmung muß bei den Kindern für die Kinder von allen Eltern bekämpft werden.

Ganz anders liegt das Problem der Erziehung und Behandlung des psychopathischen Kindes. Dr. Maria Fassbender.

Im Zeichen des H Zur Hochschuldebatte

In diesen Tagen beginnt im Preussischen Landtag die Hochschuldebatte anlässlich der Beratungen des Haushalts für das Kultusministerium. In dem Zusammenhang ist es zweckmäßig, sich die Ereignisse nach den bekannten Krawallen an den Hochschulen ins Gedächtnis zu rufen.

Die Wahlen zu den staatlich anerkannten oder privaten Körperschaften der Studenten haben an einigen Hochschulen wieder einen starken Ausbruch der nationalsozialistischen Studentengruppen gebracht. Überall haben die Nazis als stärkste oder zweitstärkste Gruppe die Führung übernommen, wie in Bonn und Breslau, wo sie 15 (vorher 5) bzw. 22 (vorher 11) von 78 und 31 Mandaten in der rechtsstehenden Deutschen Studentenschaft (D. St.) erlangten. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß sich die anderen stark zersplitterten Studentengruppen nur allzu leicht ins Schleppjau der Nazis nehmen lassen. Das ist ersichtlich aus den Begrüßungstelegrammen, die diese Körperschaften den Führern der Nazis geschickt haben, u. a. mehrfach an den thüringischen Kultusminister Dr. Fricke und an den Rostproffessor Günther, ja sogar an die vom Reichsgericht wegen Rassistenebildung in der Reichsmehr verurteilten Offiziere.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann Vorstand und Hauptauschuss der D. St. sich offen zu den Nazis bekennen werden. Sie haben jetzt schon einen Beschluß gefaßt, daß sich die Einzelstudentenschaften in nächster Zeit wissenschaftlich mit dem numerus clausus auf volksdeutscher Grundlage beschäftigen sollen. Dieser Beschluß ist auch schon an einigen Hochschulen aufgenommen worden, indem man den Ausschluß von Studierenden jüdischer Abstammung forderte. Den Juden nennt man, und den Sozialisten meint man! Das zeigt auch in diesem Semester deutlich das Beispiel Wien, wo die sozialistische Studentenschaft von den Wahlen zu der neuen Studentenschaft durch die akademischen Behörden weitgehend ausgeschlossen wurde.

Aus dieser Hege gegen die Sozialisten konnte auch in Deutschland der folgende Fall entstehen: Der bekannte religiöse Sozialist Pfarrer Dehn erhielt einen Ruf für praktische Theologie an die Universität Heidelberg. Die Studentenschaft protestierte und revidierte wie im Falle Gumbel. Kurz vor dem ablehnenden Beschluß der Fakultät entschied sich Pfarrer Dehn für einen von Halle ausgehenden Ruf. Die rechtsstehende Studentenschaft hat auch hier Protestkundgebungen angezündet. Der Kampf geht gegen die Ernennung eines Sozialisten zum Dozenten.

Zu gleicher Zeit hielt die Deutsche Studentenschaft eine Hochschulreformtagung ab, von der besonders ein Vortrag über „Masse und Bildung“ interessiert. Der Referent führte an Hand von „wissenschaftlichem und statistischem“ Material aus, daß wissenschaftliche Erfolge von Studenten und Schülern der proletarischen Klasse kaum festgestellt werden könnten, während die besten Leistungen von Angehörigen des gehobenen Bürgertums stammen. Von dieser Feststellung aus erfolgt dann die Forderung, den Einbruch der „Masse“ in die Hochschulen völlig zu verhindern und diese dem intellektuellen Bürgertum zu überlassen.

Hier wird so traf wie noch nie der Gedanke des Bildungsprivilegs des Bürgertums ausgesprochen. Die objektive Untersuchung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterstudenten muß schon daran scheitern, weil bisher nur eine ganz verschwindend geringe Anzahl von Arbeiterkindern an den Hochschulen studieren (2 Proz. seit 1920, früher noch weniger). Das „wissenschaftliche“ Material, auf dem der Referent seine Gedanken aufbaut, entzieht sich unserer Kritik, weil es uns nicht zugänglich ist, doch darf man hier wohl sagen, daß Statistik und Beweisführung in den Dienst des politischen Willens des Referenten und der Zuhörer gestellt worden sind und mit Recht angezweifelt werden können. Es bleibt uns die Feststellung, wie allgemein und zäh das Bürgertum Front macht gegen einen Aufstieg der Arbeiterklasse in die wissenschaftlichen Berufe.

In letzter Zeit bemüht man sich auch stark um die Wiedereinführung einer staatlich anerkannten Studentenschaft in Preußen. Nach den stürmischen Ereignissen zu Beginn

des Wintersemesters in Berlin und Königsberg haben die Hochschulbehörden Bemühungen zur Einführung eines studentischen Selbstschutzes angestellt, die jetzt auf eine Wiedereinführung der staatlichen Studentenschaft hinauslaufen. Dieses Bemühen ist von den Rechtsstudenten freudig aufgenommen worden, denn mit staatlicher Anerkennung wäre für die D. St. wieder regelmäßige Finanzierung durch Zwangsbeiträge aller Studenten verbunden. Der Gedanke der Wiedereinführung der Selbstverwaltung wird nur als Deckmantel vorgeschoben. Sollte er ehrliches Ziel der D. St. sein, so brauchte sie nur dem vom Minister Bekrät entworfenen Studentenrecht zuzustimmen, das die Interessen aller Studenten und des Staates regelt.

Diese wichtigsten Einzelheiten der letzten Zeit muß man sich vor Augen halten, wenn im Landtag über die Fragen der politischen Haltung der Studentenschaft, der Hochschulreform, der Lockerung des Bildungsmonopols und der studentischen Selbstverwaltung gesprochen wird. Sie sprechen deutlicher als die Redner der politischen Rechtsparteien im Landtag, wo die Mehrheit der Studentenschaft fehlt, welche politischen Ziele sie verfolgt und wozu ihr die Hochschulreform und das Studentenrecht dienen soll. Erst so gewinnt man ein umfassendes Bild über die Stellung der Hochschulen und der Studentenschaft im heutigen Staat. Wilhelm Tietgens.

Überfüllung der Hochschulen

Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage auch der Akademiker nimmt der Andrang zu den Universitäten von Jahr zu Jahr zu. Die allerjüngste Statistik berichtet, daß zur Zeit 132 000 Studierende an den deutschen Hochschulen immatrikuliert sind. Bisher wurde die Zahl 100 000 noch nie überschritten. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die medizinische Fakultät; während 1928 alles in allem 17 000 Medizinstudenten vorhanden waren, betrug im vergangenen Jahre ihre Zahl 26 000. Die Zahl der männlichen Studenten in diesem Fach betrug gegenüber früher 135 Proz., die der weiblichen sogar 170 Proz.

Unaufhaltsam, fast laminenartig ist die Zahl der Akademikerinnen an ganzen gewachsen. Die Zahl der studierenden Frauen beträgt zur Zeit 19 428. Gegenüber 1914 beträgt der Zuwachs 358 Proz. Es ist interessant, daß die Frauen im Gegensatz zur Vorkriegszeit nicht nur zur Universität gehen, sondern auch in erheblichem Maße andere Hochschulen besuchen, insbesondere technische Hochschulen. Mehr als ein Drittel der studierenden Frauen betreibt geisteswissenschaftliche Studien. An zweiter Stelle steht das Studium der Medizin, dann folgen in absteigender Reihe Naturwissenschaften, Rechts- und Staatswissenschaften, und die Ausbildung der Lehrerin. Die Zahl der Theologiestudentinnen beträgt in Deutschland zur Zeit 297. Dr. S.

Wochenende für Schulkinder!

Der Fürsorgearzt Dr. R. Jäncke in Hannover hat in einem Spezialartikel in der „Medizinischen Welt“ die Forderung erhoben: „Schafft auch für das Schulkind ein Wochenende.“ Er bedauert, daß das Plakat der Internationalen Hygiene-Ausstellung in der Abteilung Kinderfürsorge mit dem angegebenen Text bei den Behörden anscheinend keinen Widerhall gefunden hat. Jäncke gibt zu, daß die gesundheitslichen Störungen der Kriegs- und Nachkriegszeit in allen Schulen dank der gewaltigen Entwicklung der Lebensbedingungen heute endgültig verschwunden sind, daß aber in jüngster Zeit aus anderen Gründen (Folgen der Arbeitslosigkeit der Eltern?) ein Nachlassen des allgemeinen Gesundheitszustandes der Schulkinder allgemein beobachtet wird. Besonders zahlreich seien nervöse, asthenische Kinder, und für diese müßten in jeder Woche ununterbrochen 1 1/2 Tag absolut freigegeben werden zum Sammeln der verbrauchten Kraft. Jäncke wünscht, daß zu seinen Vorschlägen Lehrerschaft und Elternbeirat das Wort ergreifen. Dr. Selting.

Wir und die Kommunisten

Zwei Ausstellungen

Zu der Arbeitersportausstellung im Bezirk Friedrichshain wird uns von Mitgliedern der dort ausstellenden „Freien Falkbootfahrer“ geschrieben:

Wochenlang haben die Berliner Kommunisten auf die „revolutionäre“ Wasserportausstellung der „Fichte-Falkbootfahrer“ hingewiesen. Große Plakate forderten zum Besuch auf. Doch wer zu dieser Ausstellung hinging, war enttäuscht. Jeder meinte, daß die Fichteteute nun zeigen werden, was sie im Wassersport leisten können. Aber weit gefehlt. Firmen, weiter nichts als Firmen, hatten ausgestellt; die Falkbootwerften und verwandte Industrien hatten eine Reklameausstellung aufgebaut. Nur an ganz verlorenen Ecken und Winkeln war etwas verstreut, was man unter den Wassersport, von „Fichte“ betrieb, einrangieren konnte. Selbst die bei den Kommunisten üblichen Plakatphrasen hatte man ganz ausgeschaltet; offenbar wollte man bei den kapitalistischen Firmen keinen Anstoß erregen.

Einen besonderen Spieß erlaubte sich „Fichte“ bei den abendlichen Vorträgen, die von einem Sportprominenten des bürgerlichen deutschen Kanuverbandes gehalten wurden. Herr Schulhof ließ seine Schmalzfilme, die er mit Hilfe der Industrie und des DKB drehte, laufen. Also, da man nichts eigenes bieten konnte, mußte man den sonst so bescholtenen DKB zu Hilfe nehmen, um Interessenten für den „revolutionären“ Wassersport zu gewinnen. Es war für alle ein erhebender Anblick, als der Film am Anfang einen großen schwarzweißroten Wimpel des Deutschen Kanuverbandes zeigte!

Die Ausstellung der bundestreuen Sportler in den Andreas-Festhallen, Andreasstraße 21, ist dagegen ohne die reklamehafte Vertretung von Firmen ganz aus dem eigenen Material der Arbeitersportvereine aufgebaut. Das ist der bemerkenswerte Unterschied zwischen uns und den Kommunisten!

Schnorrnde Kommunisten und der proletarisierte „Paule“

Der kommunistische Sportzentrale ist das große Hallensportfest, das die bundestreuen Arbeitersportler am 7. März im Sportpalast abhalten werden, schwer auf die Herzen gefallen. „Rote Fahne“ und „Welt am Abend“ müssen einen fürchterlichen langen Ausruf der Sportzentrale abdrucken, in dem der ganze Kerger gegen die Veranstaltungen der Bundestreuen zum Ausdruck kommt. Da man sonst weiter nichts weiß, mokiert man sich darüber, daß die bundestreuen Arbeitersportler für ihre Genossen, die aus dem Reiche zum Hallensportfest kommen, Freiquartiere suchen.

Das soll ein Vorwurf gegen die Bundestreuen sein — aber in derselben „Rote Fahne“ findet man die Mitteilung, daß Jungkommunisten am vergangenen Sonntag im Osten Berlins bei einer Haus- und Hofpropaganda zum Reichsjugendtag 55 Freiquartiere und einen Zentner Kartoffeln geschnorrt hätten! Der Opfermut scheint bei der Parteikommunisten nicht sehr groß zu sein, sonst brauchen sie nicht auf die Höfe sitzen und betteln zu gehen. Bei den bundestreuen Arbeitersportlern dagegen wird es als eine Ehrenpflicht angesehen, auswärtigen Sportgenossen weitestgehende Gastfreundschaft zu gewähren.

Den Unwillen der kommunistischen Sportzentrale haben die bundestreuen Arbeitersportler auch damit erregt, daß auf dem Hallensportfest der bekannte Schauspieler Paul Gräß einen Prolog spricht. Die gleiche „Welt am Abend“, die den giftigen Ausruf der KPD-Zentrale veröffentlicht, kündigt für eine Nachtessen-

staltung einer kommunistischen Bücherei als Mitwirkenden — Paul Gräß an. Er ist allerdings für die kommunistische Veranstaltung etwas proletarisiert worden, man nennt ihn „Paule“!

Friedmann ist geplatzt!

Die Kommunisten schmissen ihn raus

Friedmann, ein ehemaliger ungarischer Offizier namens Handu war eine Zeitlang der wildgewordene Spieß in Berliner Arbeitersport. Nach dem großen Rauschzug der Berufsleute und -palter aus den bundestreuen Vereinen machte der inzwischen zum christlichen Grundstücks- und Häusermakler emporgesessene Friedmann-Handu als kommunistischer „Sportführer“ gewisse Zeit von sich reden. Jetzt ist er auch von der KPD-Zentrale abgehakt worden. Er reist nun in Petroseum.

Die KPD-Opposition weiß in ihrem Blatt „Gegen den Strom“ vom 28. Februar zu berichten, daß der Hauptmeister der Spaltung im deutschen Arbeitersport Friedmann-Handu in aller Stille als Sekretär des KPD-Sportverbandes abgesetzt worden ist und seit einigen Wochen im Privatbüro in Pommer weilt. Er soll sich dort einen gutbezahlten Posten als Vertreter einer Petroseumgesellschaft gesichert haben. Friedmann war einer der überlistigen und skrupellosesten Spalterführer, der mit besonderer Brutalität arbeitete. Den einheitlichen Arbeitersport zu spalten, dafür war ihm jedes Mittel recht. Zur Seite standen ihm gleichgesinnte Berliner Berufspalter. Friedmann wurde mehrmals offen der Verbindung mit deutschen Industriellen und bürgerlichen Sportverbänden bezichtigt. Wegen der ersten Behauptung drohte er der „Arbeiter-Politik“ vor zwei Jahren mit einer Klage. Es blieb bei der Drohung, geklagt hat er aber aus guten Gründen nicht. Wegen der anderen Behauptungen gegen ihn hat ihn die KPD-Sportverbandsleitung gedeckt. Mit dem Abgang des Friedmann ist im KPD-Sportverband keine andere Wendung eingetreten. Die KPD-Stellung ist in persönlicher Uneinigkeit mit seinen Berliner Kumpanen zu suchen, die seinen überheblichen und schnoddrigen Umgang sicher nicht mehr ertragen wollen. Friedmann flog, sein System bleib!

Sie organisieren sich zu Tode

„Der Bankrott der Geller, Bildung u. Co. wird von Tag zu Tag offensichtlicher.“

So trägt es der kommunistische „Westdeutsche Arbeitersport“ vom 2. März auf seinem Titelblatt. Über die angeblich neu zum KPD-Sportverband gelösten Vereine kann er nicht nennen. Dafür werden wir ein kleines Gegenstück aus den letzten Tagen anführen. Der Verein „Preußen“-Altberliner, der früher rheinisch-westfälischer Fußballmeister des Arbeiter-Turn- und Sportbundes war und dann im westdeutschen KPD-Sportverband eine große Rolle spielte, ist aus dem kommunistischen Sportlager ausgetreten und hat sich wieder im ULSB angemeldet. Das gleiche hat die Freie Sportvereinigung Wermeistkirchen im Bergischen Bezirk getan. Daß von Fichte-Berlin mehrere Gruppen abgesprungen und zum ULSB zurückgekommen sind, darüber haben wir bereits berichtet. Im übrigen ist die vielgerühmte große Zentralisation der Berliner KPD-Sportvereine in großes Schweigen versunken. Die Vereine, besonders die Fußballvereine, denken nicht daran, ihre Selbständigkeit im Interesse der kommunistischen Partei zu opfern. Der in die Öffentlichkeit hinausposaunte Berliner Zentralkomitee sieht gleich einem aufgeblassenen Frosch, der jeden Augenblick zu zerplatzen droht. Wenn die Kommunisten nicht alle möglichen und unmöglichen Parteiumarmen in den großen Sportmüllhaufen hineingeworfen hätten, sähe es zahlenmäßig noch trauriger bei ihnen aus.

Ein Massenaufgebot bestreitet das Hallensportfest

Den Ausruf der Hauptkämpfe beim großen Hallensportfest der Arbeitersportler am Sonnabend, 7. März, im Sportpalast, gibt um 1/8 Uhr ein erstmalig in der Halle ausgetragenes Fußballspiel zwischen der Mannschaft der Bundeschule des ULSB-Weißhof und der Berliner Städtegemeinschaft. Man darf gespannt sein, wie sich Fußball in der Halle bewähren wird, denn nur ausgezeichnete Techniker sind in der Lage, ein wirklich gutes Hallenspiel vorzuführen. Laufvorführungen mit 400 Sportlern und 100 Schwimmerinnen folgen. Dann wechseln Kämpfe und Sondervorführungen einander ab.

Durch die Beteiligung von 130 Sportlern aus Hamburg, Stettin, Leipzig, Braunschweig, Magdeburg, Dresden erhält das Fest eine besonders interessante Note. Aus der Reihe der Sondervorführungen erwähnen wir: Die Frauen der Kreisfische bringen Gymnastik und Tanz, die Männer einen Ausruf aus dem Lebnungsbetrieb. Die Turner erscheinen mit der Kreisredaktion, der Arbeiter-Athletenbund entsendet die Artistennummer „Luri-Luri“. Sehr schön wird sich die kleine Sondernummer „Tanz“ der Badenwälder Sportlerinnen ausnehmen. Mit den Vorführungen der Neuföllner Vereine Volksport und ULSB dürften die besten Vertreter der modernen Gymnastik am Start sein. Eine weitere Abwechslung im Reichhaltigkeitsprogramm bildet das Spiel mit dem 1,80 Meter großen Fußball, sowie eine Regitation von Paul Gräß. Den Schlußstrich unter die Veranstaltung zieht die FTSB mit ihrer Reffenaufrührung „Finale“.

Die Berliner Arbeitersportler werden, soweit sie frei sind, ersucht, zum Empfang der auswärtigen Gäste an den folgenden Bahnhöfen zu erscheinen: Sonnabend, 7. März: Ankunft der Hamburger 16.20 Uhr, Lehrter Bahnhof; der Magdeburger 16.21 Uhr, Potsdamer Bahnhof; der Leipziger 16.11 Uhr, Anhalter Bahnhof; der Dresdener 17.33 Uhr, Anhalter Bahnhof; der Stettiner 17.58 Uhr, Stettiner Bahnhof. — Training im Sportpalast Donnerstag ab 18 Uhr. Trainingsleiter ist bis 18.30 Uhr vertretungsweise Eide-Ostring.

Wettturnen der Knabenschulen

Das Gerätewettturnen der Knabenschulen führte die Turnvereinigung Berliner Lehrer in der Zentralturnhalle in der Prinzenstraße durch. Eltern und Schüler hatten sich in so großer Zahl als Zuschauer eingestellt, daß die weiten Räume der Halle bis auf den letzten Platz besetzt waren. Die Zuschauer kamen auch voll auf ihre Rechnung. Es hatten sich rund 300 Jungen zum Wettkampf gestellt. Sie zeigten nicht nur, daß sie die geforderten Übungen beherrschten, sondern eine ganze Anzahl von Klagen bot darüber hinaus Leistungen, die mustergültig waren. Vorgeschrieben war ein Schulmannschaftskampf, der aus einer Hindernis-Bendestaffel und je einer Reck-, Barren-, Pferd- und Bodenübung bestand. Die Ergebnisse waren folgender: 1. 18. Schule Schöneberg-Friedenau, 934 Punkte; sie erhielt den

Banderpreis der FTSB; 2. 138. Schule, 883 P.; 3. 4. Schule Schöneberg, 882 P.; 4. 242. Schule, 869 P.; 5. 18. Schule Schöneberg-Friedenau, 2. Mannschaft, 853 P.; 6. 241. Schule, 850 P.; 7. 172. Schule, 837 P.; 8. 205. Schule, 826 P.; 9. 227. Schule, 824 P.; 10. 7. Schule Neufölln, 816 Punkte.

Hein Domgörgen oder Tobeck?

Um die Mittelgewichts-Boxmeisterschaft

Das Kampfsprogramm der Kölner Rheinlandhalle am kommenden Sonntag gruppiert sich um die deutsche Meisterschaft im Mittelgewicht zwischen dem ungeschlagenen zurückgetretenen früheren Titelhalter Hein Domgörgen-Köln und dem derzeitigen Meister Erich Tobeck-Breslau.

In der Geschichte des deutschen Boxsports sind es gerade die Mittelgewichtsmehrfachkämpfer, die stets mit größter Erbitterung ausgetragen, neben den Schwergewichtskämpfen die meiste Anziehungskraft auf die Massen ausüben. Man erinnert sich noch der großen Fights, die Leute wie Dubois, Frenzel und Wegert lieferten. Auch der Kölner Kampftag wird, zumal der Lokalmaior Hein Domgörgen im Ring steht, einen großen Publikumsfolg haben. Der Rheinländer stellte vor Jahresfrist seinen Titel zur Verfügung, da ihm die gebotenen Bärchen nicht zugaben. An seiner Stelle erkämpfte sich der Breslauer Tobeck die Meisterschaft, die er inzwischen einmal erfolgreich verteidigte. Ob ihm dies auch am Sonntag gelingen wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Domgörgen ist ihm in bezug auf Technik, Kopf, Vielseitigkeit klar überlegen, Tobeck wiederum in physischer Hinsicht im Vorteil. Ist Domgörgen ernsthaft vorbereitet, muß man ihm die größere Chance einräumen, denn sein großes technisches Rüstzeug sollte ihn auch noch heute dazu befähigen, die Jugendkraft des derzeitigen Meisters erfolgreich zu überwinden.

Die Dänemark-Boxer unterliegen

Am Abschluß der Deutschland-Tournee starteten die dänischen Arbeiterboxer in Weißwasser gegen den dortigen Athletik-Sportverein „Hansa“. Die Dänen konnten die ersten drei Kämpfe in Deutschland überlegen gewinnen: gegen die Görlitzer Mannschaft siegten sie 9:5, Waldenburg wurde 12:2 geschlagen und die Grünberger Boxstaffel unterlag mit 10:4 Punkten. Den letzten Kampf in Deutschland, in Weißwasser, mußten die Dänen aber als verloren anerkennen. Die „Hansa“-Mannschaft schlug die Gäste mit 7:5 Punkten. Auch diese letzte internationale Boxveranstaltung wurde vor ausverkauftem Haus ausgetragen, 1100 Zuschauer verfolgten mit größtem Interesse die Kämpfe.

Ein tägliches Sportblatt in Wien wird vom „Neuen Blatt“ neu herausgegeben. Das Sportblatt kostet nur 5 Groschen (3 Pf.), es ist nämlich in Oesterreich soeben eine Münze dieses Wertes eingeführt worden. Das Blatt dient in erster Linie dem Arbeitersport, ohne sich aber auf ihn zu beschränken, da es auch über Pferderennen, Golf usw. berichtet.

Arbeiter-Hockey

Frauen-Blitzturniere am Sonntag

Die Frauenabteilungen der Hockeypartei im 1. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wollen am Sonntag, 8. März, mit vier Berliner Mannschaften und unter Beteiligung einer Leipziger Frauenmannschaft, des Sportvereins „Amateure 04“ in einem Blitzturnier vor die Öffentlichkeit treten. Schwere und zähe Aufbauarbeit in den letzten drei Jahren haben eine stattliche Anzahl Arbeiterportierinnen dazu gebracht, den Hockeysport und -stad zu gebrauchen. Anmutig und in schnellem Lauf kann hierbei der weibliche Körper ohne Gefahren im Spiel gefährt und gefährt werden.

Es beteiligen sich die Frauenabteilungen des Leipziger Sportvereins Amateure 04, die Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Bezirke Nordring und Pantow, der Verein für Leibesübungen Osting und Tennis-Rot Groß-Berlin. Als Favoritinnen gelten die Leipziger und Tennis-Rot, aber auch Osting und Nordring sind ebenso vorn zu erwarten. Die Spiele finden auf dem Platz in der Schönhauser Allee statt und beginnen um 13 1/2 Uhr; jede Mannschaft spielt jede, und zwar zweimal 10 Minuten. Gespielt wird nach Punkten.

Die Spiele werden in folgender Reihenfolge ausgetragen:

13.30 Uhr:	FTSB Pantow-BS Osting (Schiedsrichter Tennis-Rot)
13.55	FTSB Nordring-SS Amateure 04 (Schiedsrichter Osting)
14.20	BS Osting-Tennis-Rot Groß-Berlin (Schiedsrichter Nordring)
14.45	FTSB Pantow-SS Amateure 04 (Schiedsrichter Tennis-Rot)
15.10	FTSB Nordring-Tennis-Rot (Schiedsrichter Pantow)
15.35	BS Osting-Amateure 04 (Schiedsrichter Nordring)
16.00	FTSB Pantow-Nordring (Schiedsrichter Osting)
16.25	Tennis-Rot-Amateure 04 (Schiedsrichter Nordring)
16.50	BS Osting-FTSB Nordring (Schiedsrichter Pantow)
17.15	FTSB Pantow-Tennis-Rot (Schiedsrichter Osting)

Außerdem finden am Vormittag noch folgende Serien-spiele statt: Um 9 Uhr auf Platz Ost, Rastertstraße, Tennis-Rot 1 gegen FTSB Mariendorf (Schiedsrichter Nordring). Der Sportverein Roabit und der Athletik-Sport-Club spielen um 10 1/2 Uhr in Bismarcksee (Schiedsrichter Osting 1). Tennis-Rot 3-FTSB Mariendorf 2, Platz Ost (Schiedsrichter Osting 2). BfZ Osting 3 gegen FTSB Nordring 3 im Neuföllner Stadion, Platz 4 (Schiedsrichter Neufölln) um 10 1/2 Uhr. — Gesellschaftsspiele: ULSB Kidding-SS Roabit 2 um 9 Uhr in Bismarcksee, Freibad, und Boltsport Neufölln-BfZ-FTSB Osting in Neufölln, Platz 4, um 9 Uhr.

166 2/3-Meter-Bahn im Sportpalast

Geschwindigkeit ist keine Heerei. Auch am Sonntagabend Eisarena und Schauplatz der Kunstlauf-Weltmeisterschaften ist der Berliner Sportpalast innerhalb von dreimal 24 Stunden wieder zur Rodelbahn umgewandelt. Architekt Schürmann, der früher selbst ein guter Rennfahrer war, hat hier wieder ein Meisterstück geliefert. Die Kurven der schmutzen Holzbahn sind steiler und auch breiter als bisher, auch ist die Länge der Bahn um 6% Meter vergrößert worden, sie beträgt jetzt genau 166 2/3 Meter, so daß sechs Runden gerade 1000 Meter ausmachen. Den Aufstieg zu der nur kurz bemessenen Rodelbahn bildet Sonntag, 8. März, ein 100-Meter-Mannschaftsrennen, das von folgenden 13 Paaren bestritten wird: Schön-Binnenburg, Tief-Dinulis, Petri-Faubel, Rausch-Hürtgen, Kroll-Reiche, Krüger-Funda, Ehmer-Waczynski, Gebr. Wolke, Engelmann-Ridel, Alex. Maes-van Nevele, Raiborn-Mandefkow, Behmann-Biffel, Bauer-Kantorowicz.

Bundesvereine teilen mit:

Treffpunkt der Wasserportlerinnen zum Hallensportfest. Die Wasserportlerinnen treffen sich pünktlich um 18 1/2 Uhr am Eingang des Sportpalastes, Potsdamer Straße. So er Anlauf und Anlauf mitbringen. Für die Wasserportlerinnen haben die Kreisverbände zur Verfügung. Da vorher eingeladen werden muß, ist Pünktlichkeit notwendig. Teilnehmerkarten 4 50 Pf. sind bei Tennis Walter zu haben.

Kampf des Arbeitersport und Körperpflege, Geleit Kieckasten. Parteitagung Montag, 8. März, 20 Uhr, bei Schulbl, Weiskopf, 17.

Tennis-Rot, Wtl. Weidman, Plätze in den Redaktionen, nimmt nach Anfragen und Später auf. Anführer: E. Werner, Berlin-Tege, Avie Scholle, Schellmer 31.

Eide-Bohnendorf, Frauenabteilung: Sonntag, 8. März, Schinischow, Abfahrt 13 1/2 Uhr Stralendorfer Grünau, Reichmanns Treffpunkt aller Abteilungen 15 Uhr: Zentralhalle, Bismarcksee, Werbe- und Schauturnen des Bezirkes Nordring.

Bezirksrat Weidman, Montag, 9. März, 20 Uhr, Sportpalast, „Aus der Hand“, Uhrzeit: 18. Uebende der Delegiertenkassen für Zentralhauptversammlung, 19 Uhr: Fachabend.

FTSB, Bezirk Roabit, Donnerstag, 5. März, 19 Uhr, Vortrag und Aufführung: Haus bei Schulbl, Agrar-Club-Giz. 51. — Rauschball, Sonnabend, 7. März, gemeinsame Teilnahme am Ballspielturnier im Sportpalast, Sonntag, 8. März, Arbeitstisch im Posthaus Fichtendorf.

Arbeiter-Sportklub, Wtl. Charlottenburg, Uebungsabend Freitag, 6. März, bei Gendemann, Bismarcksee Str. 42. Montag, 8. März, Jugendabteilung, beim Sportpalast, 20. Nordring.

Arbeiter-Sportklub, Montag, 9. März, 20 Uhr, Übung, Sportpalast, 14. Stunde früher bei Kamp, Rindfleischstraße, Bismarcksee, 12. Arbeiter-Sportklub, Sonnabend, 7. März, 20 Uhr, Galtelogen im Thomsaal, Gartenstr. 44. Freitag 18 1/2 aus.

GRUND-FUNK AM ABEND

Donnerstag, 5. März.

Berlin.

- 16.05 Artur Segal: Kunst und Wirtschaft.
- 16.30 1. Weill: Aus „Mann ist Mann“. 2. Antheil: Aus „König Oedipus“. 3. Toch: Aus „Was ihr wollt“. 4. Jacobi: Aus „Hans Dampf“. 5. Groszostay: Aus „Lady Windermere's Fächer“. 6. Rathaus: Aus „Die Ehe“. 7. Weill: Aus „Happy end“ (Dr. Ernst Römer und sein Orchester. Verbindende Worte: Dr. Wollz. Hoffmann-Harnisch).
- 17.30 Die Lage der Jugend in Berlin (Hermann Masch).
- 17.50 Bolivianische Musik.
- 18.30 Reichenbach und eine Studentin: Warum studieren wir Philosophie?
- 18.55 Quartett D-Moll, op. 25 von August Reub. Quartett: Franz Strobl, I. Violin: Ernst Schneider, 2. Violin: Robert Manser, Viola: Franz Noll, Cello.
- 19.25 Dr. Kurt Magnus: Vom Rastklub.
- 19.50 Tanzabend. Kapelle contra Gramophon. Paul Godwin und sein Orchester.
- 21.00 Tages- und Sportnachrichten.
- 21.10 Der Theaterrat (Ein buntes Abend mit Deutschlands ältesten Theater-Tournee-Unternehmungen). Zusammenstellung: Fritz Lankisch. Leitung: Edel Köppen.
- 22.40 Wetter, Nachrichten und Sportnachrichten.

Anschließend 0.30 Tanzmusik.

- Königs-Wusterhausen.
- 16.00 Kurt Herbst: Die ländliche Fortbildungsschule.
- 17.30 Merzmann: Hausmusik.
- 18.00 Dr. Oskar Schärer: Die Straßen Prags.
- 18.30 Prof. Dr. von Srbik: Die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung.
- 19.00 Englisch für Fortgeschrittene.
- 20.00 Staatssekretär Frhr. von Rheinbaben: Völkerbund und Weltwirtschaftskrise.
- 20.30 Wien: Viertes Europäisches Konzert. (Dir.: Prof. Chemens Krauß.) 1. Mozart: Ouverture zu „Figaros Hochzeit“. 2. Beethoven: Sinfonie Nr. 4, B-Dur. 3. Schubert: Sinfonie Nr. 7, C-Dur (Wiener Philharmoniker).
- 22.15 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.